



Juni 2017

thüringer zeitschrift
der Bildungsgewerkschaft



Foto: Kay Herschelmann

Der 28. Gewerkschaftstag der GEW und seine Bedeutung für Thüringen

www.gew-thueringen.de
facebook.com/gewthueringen

Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft
Thüringen



Inhalt

Seite

Zur aktuellen Lage in Thüringen	1
Nachruf auf Hans-Jürgen Döring	1

DER 28. GEWERKSCHAFTSTAG DER GEW UND SEINE BEDEUTUNG FÜR THÜRINGEN

Resümee	2
Der neue Geschäftsführende Vorstand der GEW vorgestellt	3
Prekär beschäftigt: Lehrbeauftragte	5
Bildungspolitische Leitartikel	7
Beschluss zur Lehrer*innenbildung	9
Interview mit Gunter Zeuke	10
Zeichen gegen Rechts	11
Bericht einer Gastdeligierten	12
Bilanz aus Sicht des LAS Diversity	14

GEW AKTUELL

Andreas-Stötzer-Preis 2017	15
Marlis Tepe in Thüringen	16
Resümee zum 1. Mai in Gera	18
AG Bildungsfinanzierung:	
Bring Dich ein!	18

SOZIALPÄDAGOGIK

Betriebsräte-Konferenz	19
Neues zur Ganztagschule	19
Kivobe-Projekt: Beteiligt Euch!	20

RECHTSSTELLE

Erfolgreiche Gründung Betriebsrat	21
Pflege kranker Kinder	22
Ausschlussfrist	22
Erhöhung der Tabellenentgelte	22

AUS DEN KREISEN

Kreisnachrichten	23
Jubilare	24



Im Mai 2017 erhält den LesePeter das Kinderbuch:

Ein Teich voll mit Tinte

Reimgeschichten

Annie M. G. Schmidt & Sieb Posthuma (Ill.)

Der Gedichtband „Ein Teich voll mit Tinte“ beinhaltet 17 komische,

kuriose und dramatische Reimgeschichten zum Vorlesen und Mitsprechen, die nicht nur Kinder erheitern. In den Niederlanden gehören die Geschichten-Gedichte der Kinderbuchautorin Annie M.G. Schmidt längst zu den Klassikern. Die bereits 1978 entstandenen Gedichte werden in dieser Ausgabe mit karikaturhaften, doppelsinnigen Bilderbuchillustrationen sehr gelungen ergänzt.



Aus dem Niederländischen von Christian Golusda
Moritz Verlag, Frankfurt 2016
56 Seiten
15,95 €
ab 6 Jahren

ISBN:
978-3-89565-324-7

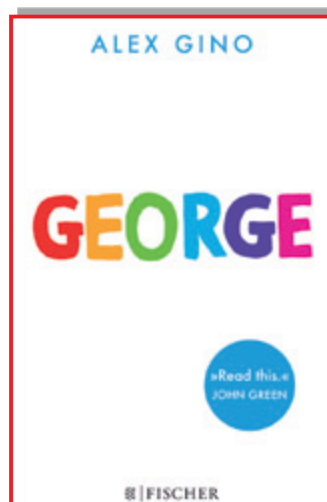
SOZIALPÄDAGOGIK



Im Juni 2017 erhält den LesePeter das Jugendbuch:

George

Alex Gino



Übersetzt aus dem Amerikanischen von Alexandra Ernst,
Fischer Verlag, Frankfurt/Main 2016
208 Seiten
14,99 €
ab 12 Jahren

ISBN:
978-3-7373-4032-8

George ist in der vierten Klasse und hat noch niemandem von seinen Gefühlen erzählt: Er ist Mädchen. Aber alle halten ihn, bzw. richtiger sie, für einen Jungen. Und dass ihn alle wegen seiner Empfindsamkeit als ‚Mädchen‘ belachen, macht Georges Alltag zu einer gigantischen Qual. Alex Gino findet für seine Geschichte eines transgender Out-Come eine stille Sprache, die dem Erzählten gerade dadurch Tiefe gibt.

Der LesePeter ist eine Auszeichnung der Arbeitsgemeinschaft Jugendliteratur und Medien (AJuM) der GEW für ein herausragendes, aktuelles Buch der Kinder- und Jugendliteratur. Die ausführliche Rezension (mit pädagogischen Hinweisen) ist im Internet unter www.ajum.de (LesePeter) abrufbar.

www.gew-thueringen.de/marktplatz/buchtipps/

Herausgeber: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Landesverband Thüringen · Heinrich-Mann-Straße 22 · 99096 Erfurt
Tel.: 03 61 - 5 90 95 0 · Fax: 03 61 - 5 90 95 60
E-Mail: info@gew-thueringen.de · Internet: www.gew-thueringen.de
E-Mail an die Redaktion: tz@gew-thueringen.de
Die tz erscheint in den Monaten Februar, April, Juni, September, Oktober und Dezember. Der Bezugspreis für die tz beträgt ab 01. Januar 2013 für Nichtmitglieder 3,10 Euro pro Einzel exemplar zzgl. Porto, das Jahresabo (6 Hefte) 16,80 Euro zzgl. Porto. Das Jahresabonnement kann drei Monate vor Ablauf des Kalenderjahres gekündigt werden. Erfolgt bis zu

diesem Zeitpunkt keine Kündigung, wird das Abo um ein Jahr verlängert. Die Lieferung erfolgt gegen Vorkasse an die GEW-Wirtschaftsdienst GmbH, DKB Bank Berlin, Kto.-Nr.: 1005400559, BLZ: 12030000.
Die Abo-Gebühr für Mitglieder der GEW Thüringen ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.
Die in den einzelnen Beiträgen wiedergegebenen Gedanken entsprechen nicht in jedem Falle der Ansicht des GEW-Vorstandes oder der Redakteure. Die Beschlüsse des Vorstandes sind verbindliche GEW-Meinungen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Bei allen Veröffentlichungen behält sich die Redaktion Kürzungen vor.

Manuskripte und sonstige Zuschriften für die Redaktion der thüringer zeitschrift (tz) werden an die Adresse der Geschäftsstelle erbeten.
Einsendeschluss für Beiträge ist immer der 10. des Vormonats.
Verantwortlicher Redakteur: Dr. Michael Kummer
Redaktionsschluss: 10.05.2017
Layout, Satz, Druck: PROOF Druck- und Medienproduktion · Loreen Scheit
scheit@proof-ef.de · Eislebener Straße 1c · 99086 Erfurt · Tel: 03 61 - 57 6666 9
E-Mail: info@proof-ef.de · Internet: www.proof-ef.de
Gültige Anzeigenpreisliste Nr. 04 vom 01.01.2017

Zur aktuellen Lage in Thüringen

Über Gewerkschaften und Politik

Es gibt so diese Momente im Berufsalltag als Landesvorsitzende, die mich ratlos machen: Unsere kritischen Pressemeldungen zu bildungspolitischen Entscheidungen mögen dem angesprochenen Ministerium nicht gefallen. Wenn das so wäre, würde entweder die Thüringer Bildungspolitik die Note 1 verdienen, weil alles prima läuft. Oder wir als Gewerkschaft würden unseren Job nicht richtig machen, weil bei jeder Entscheidung zu Kita, Schule und Hochschule nicht nur der Rahmen zu betrachten ist, sondern die Auswirkungen auf die Beschäftigten, unsere Mitglieder.

Helle Aufregung wegen Kritik der Beschäftigten an Kita-Gesetz

Ja, ich halte es für ausgesprochen notwendig, den Finger in die Wunde zu legen, in der Öffentlichkeit zu erklären, was wir von Gesetzesnovellierungen erwarten, damit unsere Kolleginnen und Kollegen bessere Arbeitsbedingungen vorfinden als dies aktuell der Fall ist. Und wenn sich nach kritischen Stellungnahmen an einem Entwurf nichts ändert, wird auch der Ton in einer Pressemeldung schärfer. Ich denke, zum politischen Diskurs gehört diese Art der Auseinandersetzung dazu und ich verspüre keinen Grund, in den Schongang zu wechseln.

Ja, seit einigen Monaten läuft es besser, werden Entscheidungen getroffen, die zumindest die Spitzen der Probleme abräumen helfen. Das täuscht aber nicht darüber hinweg, dass wir in manchen Bereichen weit weg von Note 1 sind. Das gilt besonders im Hinblick auf die Novellierung des Kita-Gesetzes, die außer der dringend notwendigen besseren Ausstattung für Leitungen nur marginale Erhöhungen vorsieht. Der bessere Personalschlüssel, den alle Kolleginnen und Kollegen brauchen und den auch die Eltern für ihre Kinder wollen, muss dem beitragsfreien Kita-Jahr weichen. Ich und die Kolleginnen und Kollegen in der GEW werden nicht müde, das zu kritisieren.

Kommission „Zukunft Schule“

Mit hoher Spannung erwarten wir die Empfehlungen der Kommission „Zukunft Schule“, die in der Staatskanzlei erarbeitet werden. Die Anhörung, an der ich teilnehmen konnte, war ein offenes und kon-

struktives Gespräch mit wirklich an der Sache Interessierten. Auch andere Interessenvertretungen wurden angehört. Und dennoch erwarte ich, dass wir kritisch Position beziehen werden und müssen, weil die Anhörung eben nur eine Anhörung ist. Weil die Empfehlungen radikal sein werden, wenn ich zum Beispiel an das Schulnetz denke, weil die Empfehlungen allen Beschäftigten und auch den politischen Entscheidungsträgern einiges an Neudenken, Investitionen und Umsetzungsstrategien abverlangen werden. Für Mitte/Ende Juni sind die Empfehlungen angekündigt. Wahrscheinlich sollen sich die Lehrerinnen und Lehrer, Erzieher und Erzieherinnen in ihren Ferien schon mal Gedanken machen, was sich ab dem nächsten Schuljahr alles ändert. Wohlverdient, sozusagen.

Kurt Tucholsky schrieb einmal sinngemäß, wenn du wütend bist, dann schreibe einen Brief und lass ihn drei Tage liegen. Dann lies ihn noch mal und wenn es immer noch so wütend brennt, dann schick ihn ab, sonst zerreiße ihn. Ich kann dieses Vorwort nicht drei Tage liegen lassen, es ist spontan. Das möge man bedenken.

Ich wünsche Euch eine spannende Lektüre zum diesjährigen Gewerkschaftstag und einen guten Übergang in den Sommer, ob mit Ferien, Urlaub oder langen Wochenenden,

Kathrin Vitzthum
Landesvorsitzende
der GEW Thüringen



Zum Gedenken an Hans-Jürgen Döring

Am 29. April 2017 verstarb überraschend der SPD-Bildungspolitiker Hans-Jürgen Döring. Er hinterlässt in Thüringen eine schwer zu füllende Lücke.

Der ehemalige Lehrer gründete die SPD in Thüringen mit und war von 1990 bis 2014 Mitglied des Thüringer Landtags. Hans-Jürgen war ein Bildungs-, Kultur- und Medienpolitiker, der seinesgleichen sucht. Als GEW-Mitglied hat er seiner Gewerkschaft immer auf die Finger geschaut, aber auch gefordert und unterstützt.

Wir werden Hans-Jürgen in dankbarer Erinnerung behalten. Als einen streitbaren Kämpfer für gerechte Bildung, für die Verbindung von Lernen und Leben, Kunst, Streit und Genuss. Er wird fehlen in der bildungspolitischen Landschaft, aber er wird vor allem fehlen als Mensch.

Gute Reise, Hans-Jürgen. Deine GEW Thüringen



Resümee

Was übrig bleibt...

Auch ein paar Tage nach dem GEWerkchaftstag in Freiburg bin ich noch nicht wirklich im Alltag angekommen. Das waren beeindruckende, spannende, intensive Tage mit vielen Kolleginnen und Kollegen aus allen Bildungsbereichen gewürzt mit heißen Debatten und aufregenden Wahlen.



Die Thüringer Delegierten, Foto: Kay Herschelmann

Bildungspolitik

Die Delegierten haben die Schwerpunkte der nächsten vier Jahre bestimmt. Das bedeutet für uns in Thüringen, unsere Arbeit einerseits fortzusetzen, an anderen Stellen aber auch neu zu justieren. Das Thema Lehrer*innenbildung greift Steffi Kalupke in ihrem Beitrag auf, deswegen hier nur so viel dazu: Es ist ein sehr komplexes Konzept und ich bin gespannt, wen wir als Partner*in für die Umsetzung gewinnen können. Auch das Thema Inklusion war ein Herausragendes in der Fülle der Anträge. Es ging und geht immer wieder um die Frage, wie wir einerseits dem Anspruch auf gemeinsames Lernen gerecht werden und andererseits die Belastungen für die Kolleg*innen nicht aus dem Auge verlieren bzw. verbessern können. Zur Inklusion gibt es keine Alternative, das wurde in den Beiträgen deutlich, aber zur Ausstattung mit personellen, sächlichen und räumlichen Ressourcen sehr wohl. Kontrovers und intensiv wurde die Digitalisierung, also Bildung 4.0, diskutiert. Hier haben wir ganz sicher noch nicht alle Facetten beleuchtet, der gefasste Beschluss weist uns aber einen ersten Weg in die weiter ausstehende Debatte. Das Primat der Pädagogik gilt unabhängig vom eingesetzten Medium. Mit dieser Grundvoraussetzung müssen die komplizierten Fragen des Digitalen versus des Analogen im Lehren und Lernen beantwortet werden.

Gesellschaftspolitik

Als erstes Bundesland mit der AfD im Landtag waren wir Thüringer*innen mit unserem Beschluss, nicht mit der AfD, ihren Gliederungen und der Landtagsfraktion zusammenzuarbeiten, schon Vorreiter. Der Bundesausschuss der Studentinnen und Studenten (BASS) hat die wichtiger gewordene Debatte nun deutlich zugespitzt. Einstimmig beschlossen wurde, dass sich AfD und GEW diametral gegenüberstehen. Eine Unvereinbarkeitsklausel aber gibt es nicht, vielmehr wollen wir darauf achten, ob GEW-Mitglieder öffentlich mit den Grundinhalten der GEW entgegenstehenden Positionen und Handlungen auftreten und dann in die Auseinandersetzung gehen. Ein Ausschluss ist das letzte Mittel der Wahl. Die GEW hat zudem beschlossen sich aktiver im Kampf gegen Rechts zu engagieren. Auch dies ein klares Signal und eine entschlossene Haltung für die Unteilbarkeit der Menschenrechte. Hinzu kommen die Solidaritätserklärungen mit inhaftierten Wissenschaftler*innen in der Türkei und das Bekenntnis, Migration als Chance und Herausforderung zu sehen.

Diese Einstimmigkeit innerhalb der GEW zeigt mir einmal mehr, in der richtigen GEWerkchaft zu sein.

Tarifpolitik

Einigkeit, aber auch Wissen um die damit verbundenen Anstrengungen, herrschte bei den Anträgen zu tarifpolitischen Themen. Wir werden uns gemeinsam für die Aufwertung des Sozial- und Erziehungsdienstes stark machen und das in beiden Tarifbereichen. Frühkindliche Pädagogik muss sowohl im TVöD als auch im TV-L endlich die Anerkennung erfahren, die gesellschaftlich längst selbstverständlich ist. Das begründet auch die Zustimmung zur weiteren Kampagne „Ja 13 – Weil Grundschullehrer*innen es verdienen“. Es kann nicht sein, dass Pädagog*innen für ihre Arbeit mit den Kleinen weiterhin schlechter bezahlt werden als die Pädagog*innen für die Größeren und Großen. Die mittelbare Geschlechterdiskriminierung, die dafür sorgt, dass vor allem Frauen geringe Einkommen haben, in Teilzeit arbeiten und Altersarmut fürchten, muss ein Ende haben. Der Vorstandsbereich Tarif- und Beamtenpolitik hat den deutlichen Auftrag bekommen, den TV EntgO-L zeitnah weiterzuentwickeln und vor allem zu verbessern. Die in diesem Tarifvertrag manifestierten Schlechterstellungen von Lehrkräften sind dringend aufzuheben. Klar ist aber auch, dass das nur gemeinsam gelingt, also alle Landesverbände ihre Kraftanstrengungen erweitern. Dies gilt vor allem für uns Thüringer*innen, da ist noch viel Luft nach oben.

Die prekären Arbeitsbedingungen an den Hochschulen bleiben trotz bisher erreichter Erfolge eine Daueraufgabe der GEW.

Organisationsentwicklung

Auch wenn die Junge GEW mit ihrem Antrag nach einer Jugendquote nicht erfolgreich war, sie hatte zahlreiche Ideen im Gepäck. Nicht nur, dass alle Kandidat*innen die jungen Prüfsteine beantworten mussten, nein, sie haben die GEW angetrieben mit vielen wichtigen Anträgen. Einer davon war der zu Organisationsentwicklung, den David Jugel gemeinsam mit Marlis Tepe als wiedergewählte Vorsitzende vorstellte. Die GEW braucht mehr und junge Mitglieder, wenn sie den Generationenwechsel als starke Gewerkschaft gestalten will. Das braucht Kooperation zwischen den verschiedenen Ebenen der GEW und Austausch und Unterstützung zwischen den Landesverbänden.

Was übrig bleibt...

... ist meine nicht wegzuschreibende Enttäuschung über den verpassten Neuanfang im Vorstandsbereich Schule. Was übrig bleibt, ist die Enttäuschung darüber, dass die Zeit zum Diskutieren trotz aller Pläne am Ende zu knapp war.

Was aber auch übrig bleibt, ist das Gefühl, dass die Thüringer Delegierten eine tolle Gruppe waren, die mit Konzentration, aber auch viel Humor an diesem Gewerkschaftstag teilgenommen hat. Nun gilt es, die Beschlüsse noch einmal in Ruhe anzuschauen und Rückschlüsse für unsere Arbeit vor Ort zu ziehen.

Kathrin Vitzthum, Landesvorsitzende

Wahlen

Der neue Geschäftsführende Vorstand der GEW vorgestellt

„Bildung. Weiter denken!“ lautete das Motto des 28. Gewerkschaftstages der GEW, der vom 6. bis 10. Mai 2017 in Freiburg stattfand. Er ist das höchste Beschlussgremium der GEW und bestimmt die Ziele unserer Arbeit für die nächsten vier Jahre. 432 Delegierte berieten und entscheiden nicht nur über die Position der GEW zu bildungs- und tarifpolitischen Themen, sondern wählten auch einen neuen Geschäftsführenden Vorstand (GV), der im Folgenden kurz vorgestellt wird.

Marlis Tepe als GEW-Vorsitzende wiedergewählt

Marlis Tepe (63) ist mit deutlicher Mehrheit als Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) wieder gewählt worden. Sie erhielt 71,3 Prozent der Stimmen der Delegierten des 28. Gewerkschaftstages der GEW. 291 Kolleginnen und Kollegen stimmten mit Ja, 86 mit Nein, 31 enthielten sich. „Wir wollen den erfolgreichen Kurs der vergangenen vier Jahre fortsetzen“, sagte Tepe.



Marlis Tepe – Foto Kay Herschelmann

Marlis Tepe ist bereits im Alter von 22 Jahren in die GEW eingetreten. Sie war bis zu ihrer Wahl zur Vorsitzenden der Bildungsgewerkschaft im Juni 2013 Hauptschullehrerin in Schleswig-Holstein. Über 30 Jahre vertrat sie die GEW Schleswig-Holstein im Bundesfrauenausschuss. Von 1995 bis 2013 war sie Mitglied im Geschäftsführenden Vorstand des Landesverbands und von 2006 bis 2013 Vorsitzende des Hauptpersonalrats im nördlichsten Bundesland.

Petra Grundmann mit deutlicher Mehrheit wiedergewählt

Die Delegierten des GEW-Gewerkschaftstages haben Petra Grundmann mit 69,3 Prozent der Stimmen erneut in ihr Amt gewählt. Die 59 Jahre alte Nürnbergerin wurde erstmals 2001 vom Hauptvorstand zur Leiterin des Arbeitsbereichs Finanzen bestimmt. Grundmann konnte am Montag auf

eine stetig gestiegene Mitgliederzahl sowie wachsende Einnahmen in den vergangenen Jahren verweisen.



Petra Grundmann – Foto Kay Herschelmann

Petra Grundmann hat nach der Mittleren Reife und einer Berufsausbildung zur Arzthelferin zunächst die Fachoberschule besucht und danach ein Studium der Sozialpädagogik absolviert. Anschließend arbeitete sie beim Jugendamt der Stadt Nürnberg. GEW-Mitglied seit 1982 wurde Grundmann 1994 Mitglied des Landesvorstands der GEW Bayern und 1996 deren stellvertretende Vorsitzende. Seit 1996 ist sie Mitglied im GEW-Hauptvorstand.

Gützkow kämpft weiter für Gleichstellung und Chancengleichheit

Die GEW-Frauenpolitikerin Gützkow will die Arbeitsbereiche Chancengleichheit und Gleichstellung der Geschlechter in ihrer nächsten Amtszeit bis 2021 weiter vorantreiben. Gute Bildung sei nicht ohne Geschlechtergerechtigkeit zu erreichen, sagte die 55-Jährige am Montag beim Gewerkschaftstag in Freiburg. Umverteilung sei dabei etwa mit Blick auf Einkommen und Zugang zum Arbeitsmarkt ein wichtiges Stichwort. An dieser Veränderung wolle sie weiterarbeiten. 81,9 Prozent der Delegierten votierten für Gützkow.



Frauke Gützkow – Foto Kay Herschelmann

Als weitere Schwerpunkte ihrer künftigen Arbeit nannte Gützkow, die auch für Seniorinnen und Senioren sowie Lesben, Schwule, Bisexuelle, Trans- und Inter-Kolleginnen und -Kollegen zuständig ist, die Themen Lohngerechtigkeit und Arbeitszeit. Sie forderte eine neue Arbeitszeitkultur, die auf das gesamte Leben ausgerichtet sei. Nötig sei Zeit für Erwerbsarbeit, Zeit für Familie, Zeit für sich selbst und Zeit für gesellschaftliches oder politisches Engagement. „Beim Thema Zeit geht nichts ohne Gewerkschaften“, betonte sie. Die GEW werde konkrete Positionen zum Thema erarbeiten.

Daniel Merbitz für Tarif- und Beamtenpolitik gewählt

Mit 79,8 Prozent Zustimmung haben die Delegierten des GEW-Gewerkschaftstages Daniel Merbitz die Verantwortung für den Bereich Tarif- und Beamtenpolitik übertragen. Er löst Andreas Gehrke ab, der nicht wieder angetreten ist. Merbitz sprach sich am Montag für ein Streikrecht für Beamte aus. Es sei nur eine Frage der Zeit, bis das Verbot falle. Spätestens der Europäische Gerichtshof werde den deutschen Beamten das Recht zugestehen. Mit Blick auf zunehmend auseinanderklaffende Einkommen plädierte Merbitz dafür, die beiden Statusgruppen – Beamte und Tarifbeschäftigte – wieder zusammenzuführen.



Daniel Merbitz – Foto Kay Herschelmann

Merbitz, 1976 geboren, ist Jurist mit Schwerpunkt Arbeits- und Verfassungsrecht. Er engagiert sich seit den Jugend- und Studententagen gewerkschaftlich. Ab 2001 arbeitete er hauptamtlich als Tarifsekretär beim GEW-Landesverband Sachsen-Anhalt.

Björn Köhler leitet künftig den Vorstandsbereich Jugendhilfe und Sozialarbeit

65,3 Prozent der Delegierten haben in einer Kampfabstimmung für Björn Köhler als künftigen Leiter des Organisationsbereichs Jugendhilfe und Sozialarbeit votiert. Er tritt die Nachfolge von Norbert Hocke an, der nach 31 Jahren im Amt nicht mehr angetreten war. „Bildung beginnt in der Kita“, sagte Köhler vor den Delegierten des GEW-Gewerkschaftstages. Überall würden Einrichtungen für die frühkindliche Bildung ausgebaut, „nun ist es an der Zeit, diesen Arbeitsbereich vor Ort zu verbessern.“



Björn Köhler – Foto Kay Herschelmann

Björn Köhler arbeitet seit 2008 für die GEW. Ab Ende 2009 leitete er das Sozialpädagogische Büro der GEW Bayern.

Hochschule und Forschung: Andreas Keller im Amt bestätigt

Der Organisationsbereich Hochschule und Forschung liegt auch in den kommenden vier Jahren in den Händen von Andreas Keller. Der Politikwissenschaftler erhielt auf dem Gewerkschaftstag 90,2 Prozent der Delegiertenstimmen. Die Gewerkschaft habe sich in den vergangenen Jahren als Interessenvertretung der Beschäftigten profilieren können,

sagte Keller. Er verwies auf das Bund-Länder-Programm für den wissenschaftlichen Nachwuchs, erste Kodizes für „Gute Arbeit“ an Hochschulen und Forschungseinrichtungen sowie die Novellierung des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes.



Andreas Keller – Foto Kay Herschelmann

Als GEW-Mitglied hat sich Andreas Keller ab 1990 ehrenamtlich in Gewerkschafts- und Hochschulgremien engagiert. Seit 2007 ist er im Geschäftsführenden Vorstand der GEW für den Bereich Hochschule und Forschung verantwortlich. In den vergangenen vier Jahren fungierte er zudem als stellvertretender GEW-Vorsitzender. Seit 2012 ist er Vizepräsident des europäischen Dachverbands der Bildungsinternationale.

Ilka Hoffmann für weitere vier Jahre gewählt

In einer Kampfabstimmung hat sich Ilka Hoffmann bei der Wahl für den Organisationsbereich Schule ganz knapp gegen ihren Herausforderer Nuri Kiefer durchgesetzt. Kiefer hatte seine Kandidatur kurzfristig angemeldet. Hoffmann entschied den zweiten Wahlgang mit einfacher Mehrheit (202 zu 201 Stimmen) für sich. Im ersten Wahlgang konnte keiner der beiden Kandidaten die notwendige Stimmenmehrheit aller anwesenden Delegierten hinter sich vereinigen. Bei ihrer Vorstellung hatten sich sowohl Hoffmann als auch Kiefer für eine „Schule für alle“, Inklusion auf allen Ebenen und eine deutlich bessere Ausstattung der Schulen ausgesprochen.



Nuri Kiefer gratuliert Ilka Hoffmann – Foto Kay Herschelmann

Vor ihrer hauptamtlichen Tätigkeit im GEW-Vorstand unterrichtete Hoffmann an einer Förder- sowie einer Gemeinschaftsschule und leitete im saarländischen Landesinstitut das Fachgebiet Inklusion.

Ansgar Klinger bleibt Leiter des Organisationsbereichs Berufliche Bildung und Weiterbildung

Ansgar Klinger wird auch in den kommenden vier Jahren den Organisationsbereich Berufliche Bildung und Weiterbildung leiten. Für ihn votierten 89 Prozent der Delegierten. Einen Gegenkandidaten gab es nicht. Klinger will sich für eine bessere Bezahlung und Qualifizierung in der Beruflichen Bildung und Weiterbildung einsetzen. „Wir brauchen eine stärkere Anerkennung dieser Berufe“, forderte der Berufsschullehrer. „Mindesthonorare müssen für alle Kurse abgesichert werden.“ Schlupflöcher zur Umgehung des Mindestlohns müssten bekämpft werden. Leider erlebe er in seinem Bereich „eine nicht vorstellbare Prekarisierung“.



Ansgar Klinger – Foto Kay Herschelmann

Ansgar Klinger (Jahrgang 1964) ist studierter Volkswirt. Nach dem Referendariat an beruflichen Schulen 1993 unterrichtete er in Berlin und Duisburg. Bis zu seiner Wahl in den GEW-Vorstand 2013 war Klinger seit 2004 in der GEW NRW sowie auf Bundesebene ehrenamtlich tätig. Von 2009 bis 2013 war er Leiter des Referats C (Schulrecht, Bildungsfinanzierung und -statistik) der GEW Nordrhein-Westfalen.

Weitere Informationen zu den Mitgliedern des Geschäftsführenden Vorstandes und ihren inhaltlichen Vorstellungen:

www.gew.de/28-gewerkschaftstag

Prekär beschäftigt an Hochschulen: Lehrbeauftragte

Der Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ wird nicht nur in Unternehmen durch Werkverträge und Leiharbeit vielfach verletzt, sondern auch im öffentlichen Dienst finden sich Beispiele drastischer Diskrepanzen in der Entlohnung. An Hochschulen ist dies beispielsweise bei Lehrbeauftragten der Fall.

Gemäß Thüringer Hochschulgesetz können Lehraufträge zur Ergänzung des Lehrangebots vergeben werden. In der künstlerischen Ausbildung oder an dualen Hochschulen ist dies auch zur Sicherstellung des Lehrangebots möglich. Betrachtet man die Zahlen¹, in welchem Umfang Lehraufträge vergeben werden bzw. wie viele Lehrbeauftragte ihre Arbeit an den Thüringer Hochschulen verrichten, drängt sich die Frage auf, ob es sich bei den Lehrveranstaltungen tatsächlich um Ergänzungsangebote handelt oder ob Lehrbeauftragte teilweise als billiger Ersatz für hauptberuflich Lehrende missbraucht werden.

Aufgrund des Zeitpunktes der Datenerhebung im Wintersemester 2015/16 sind noch keine Daten der Dualen Hochschule Gera-Eisenach enthalten. Belastbare Zahlen, inwieweit Lehrbeauftragte nebenberuflich tätig sind oder tatsächlich ihren Lebensunterhalt durch mehrere Lehraufträge an unterschiedlichen Einrichtungen bestreiten, liegen nicht vor.

Im Folgenden wird ein Beispiel betrachtet, in dem wir davon ausgehen, dass die betroffene Person ihr Einkommen ausschließlich aus Lehraufträgen bezieht. Neben Nachteilen, wie bspw. keiner Vertretung durch Personalräte, Unsicherheit durch häufig kurze Befristungen, Wegezeiten zwischen den Arbeitsstätten und den damit verbundenen Kosten, schmerzt insbesondere die geringe Vergütung.

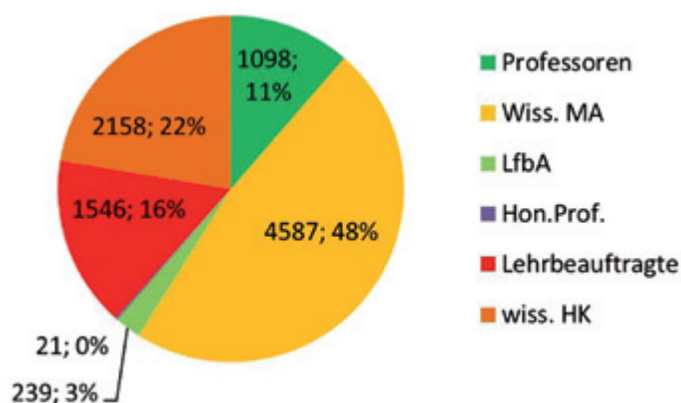


Abb. 1: Zahl der Beschäftigten an Thüringer Hochschulen zum 1.12.2015

Vergleich zwischen Lehrbeauftragten und Lehrkräften für besondere Aufgaben (LfbA)	
Lehrbeauftragte	LfbA (Bsp. TV-L E13, Stufe 3)
Vergütung pro Lehrveranstaltungsstunde (LVS) a 45 Minuten: durchschnittlich etwa 26,40€ ² Bei 540 LVS pro Jahr ergäbe sich ein Jahresbruttoeinkommen von 14.256 €	18 LVS x 30 Wochen Vorlesungszeitraum pro Jahr = 540 LVS pro Jahr. Bei einem Jahresbruttogehalt von 52.300 € ergibt sich ein Betrag von rund 97 € pro LVS
Stundenlohn: 210 Arbeitstage zu je 8 Std. = 1680 Std., ergibt etwa 8,50 € / Stunde	Stundenlohn: 210 Arbeitstage zu je 8 Std. = 1680 Std., ergibt etwa 31 € / Stunde
Private Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung muss aus dem Nettolohn finanziert werden	Sozialversicherungsabgaben anteilig durch Arbeitgeber finanziert. Arbeitgeberanteil etwa 20 %.
Kein Urlaubsgeld / keine Jahressonderzahlung	48 % eines Monatslohns als Jahressonderzahlung
Vergütungsausfall bei Krankheit.	Lohnfortzahlung bei Krankheit
Kein bezahlter Urlaub	30 Tage Urlaub
Aufgrund der nicht vorhandenen Arbeitgeberzuschüsse zur Sozialversicherung müssten die Lehrbeauftragten ca. 20 % mehr Einkommen erzielen als die vergleichbaren LfbA. Krankheits- und Urlaubstage blieben dabei noch unberücksichtigt. Für das Beispiel ergäbe sich daraus eine Vergütung von 116 € pro LVS³ .	

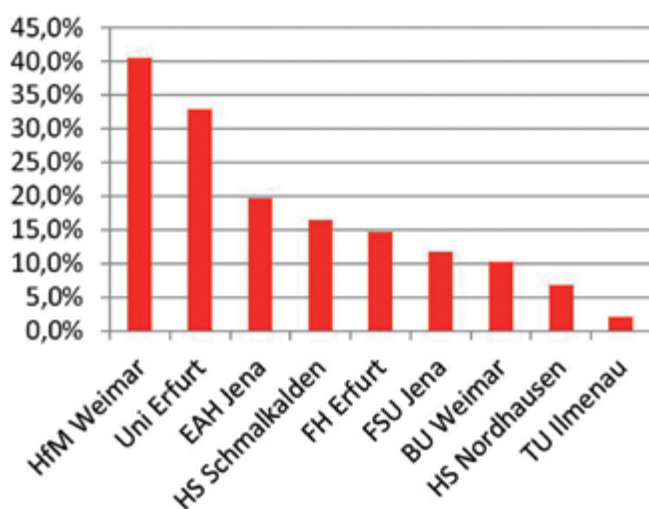


Abb. 2: Prozentualer Anteil der Lehrveranstaltungsstunden, die im Wintersemester 2015/16 durch Lehrbeauftragte erbracht wurden.

¹ Thüringer Landtag, Parlamentsdokumentation: Drucksache 6/2662, 13.09.2016

² Amtsblatt des TMBWK Nr. 7/2010, S. 214, 23.07.2010: Durchschnittliche Vergütung pro LVS: 24 €.

Thüringer Landtag, Parlamentsdokumentation, Drucksache 6/441, 27.03.2015: Annahme einer Steigerung seit 2011 um 10 %, d. h. aktuell etwa 26,40 €.

³ Alternativ können bspw. auch Personalmittelsätze der DFG als Grundlage verwendet werden.

Für 2017 sind diese 63.300 € bzw. 68.400 € für wiss. Personal ohne Promotionsabsicht mit weniger bzw. mehr als 3 Jahren Berufserfahrung. Somit ergäben sich 117 € bzw. 127 € pro LVS.



Foto: Kay Herschelmann

Hinsichtlich der Vergütung der Lehraufträge ist im ThürHG lediglich geregelt, dass diese zu vergüten sind bzw. dass unter Umständen auch auf eine Vergütung verzichtet werden kann. Konkrete Unter- und Obergrenzen sind per Verwaltungsvorschrift geregelt und betragen 16 € bzw. 66 €. Ähnlich wie auch bei studentischen Beschäftigten erfolgt die Festlegung der Vergütungen bzw. deren Obergrenzen hierbei einseitig durch den Arbeitgeber.

Anlässlich des diesjährigen Gewerkschaftstages der GEW wurden die Forderungen zur Verbesserung der Situation der Lehrbeauftragten einstimmig beschlossen.

Die GEW fordert:

- Die Vergütung von Lehraufträgen muss sich an den Brutto-Arbeitgeberkosten der vergleichbaren Tarifbeschäftigten orientieren, damit Lehrbeauftragte nicht billiger sind als hauptberufliches Lehrpersonal.
- Bund und Länder müssen die Hochschulen finanziell und personell so ausstatten, dass das grundständige Lehrangebot im Rahmen von ordentlichen Beschäftigungsverhältnissen erbracht werden kann. Lehraufträge dürfen dazu nicht missbraucht werden.
- Die Mindestbeitragsbemessungsgrenzen für die Kranken- und Pflegeversicherung für Selbstständige sollen aufgehoben werden. Auch bei geringem Einkommen müssen die Abgaben proportional zum Einkommen sein.
- Ein flächendeckendes Berichtswesen soll für Transparenz hinsichtlich des Einsatzes von Lehrbeauftragten sorgen.
- Dort wo bislang grundständige Lehre dauerhaft durch Lehraufträge erbracht wird, sind die Hochschulen so auszustatten, dass diese Angebote im Rahmen von ordentlichen Beschäftigungsverhältnissen angeboten werden können. Lehrbeauftragte sollen in entsprechende Beschäftigungsverhältnisse übernommen werden.

- Landeshochschulgesetze sollen so geändert werden, dass die Lehrbeauftragten Mitglieder der Hochschule sind und der Statusgruppe des wissenschaftlichen und künstlerischen Personals angehören.

Auf unser 24. Thüringer Hochschulkonferenz im April 2017 haben wir auf die prekäre Situation vieler Lehrbeauftragten aufmerksam gemacht. Wir erwarten, dass die von uns ausgesandten Signale von der Landesregierung aufgegriffen werden und in die Hochschulgesetzgebung einfließen werden.

Nicht zuletzt müssen auch die Betroffenen alle Möglichkeiten nutzen, sich gewerkschaftlich zu organisieren Aktivitäten zu unterstützen, um somit auf ihre prekären Arbeitsbedingungen aufmerksam zu machen.

Marko Hennhöfer
Mitglied des Referatsleitungsteams
Hochschule und Forschung



Thomas Hoffmann
stellvertretender Landesvorsitzender



Ein schweres Stück Arbeit

Bildungspolitische Leitanträge und ihre Umsetzung in Beschlüsse

Zum Gewerkschaftstag wurden über 100 Anträge davon allein 41 Anträge zur Bildungspolitik eingereicht. Hinzu kamen 7 Dringlichkeits- und über 100 Änderungsanträge. Somit standen die Delegierten vor der unlösbaren Aufgabe, in den verbleibenden zwei Beratungstagen all diese Anträge zu behandeln.

Was sich mit Blick auf die Tagesordnung und der Ablaufplanung schon vermuten ließ, bewahrheitete sich bereits am ersten Beratungstag. Durch eine scheinbar endlose Diskussion zur Geschäfts- und Wahlordnung verschoben sich die Wahlen zum neuen Vorstand um mehrere Stunden. Auch die folgenden Vorstellungen, Befragungen und Wahlen der einzelnen Kandidat*innen zu den Vorstands-

bereichen zogen sich bis in den Nachmittag des dritten Beratungstages hinein, so dass für die nun endlich folgende Antragsberatung kaum Zeit bleiben würde. Dank der unermüdeten Arbeit der Antragskommission, die ständig versuchte, die verschiedensten Anträge zusammenzuführen und so zustimmungsfähig zu machen, konnte ein Teil der Anträge ohne weitere Aussprache beschlossen werden. Ein weiterer Teil der Anträge wurde zwar beraten und verabschiedet - zur eigentlich notwendigen inhaltlichen Auseinandersetzung blieb nach geändertem Beratungsmodus jedoch kaum Zeit. Eine beträchtliche Zahl von Anträgen, für die letztendlich keine Zeit mehr für die Beratung blieb, wurde zur weiteren Behandlung an den Hauptvorstand überwiesen. So erging es auch je nach Lage den verschiedenen 41 bildungspolitischen Anträgen.

Zur Beratung und etwas ausführlicheren Diskussion kamen zwei Leitanträge, die für die zukünftige bildungspolitische Ausrichtung der Arbeit der GEW bundesweit und damit auch für die GEW Thüringen von großer Bedeutung sein werden. Zum einen ist das der Leitantrag **3.17 Es gibt keine Alternative zur Inklusion** und zum anderen **3.26 Bildung in der digitalen Welt**. Diese stellen sich inhaltlich den Herausforderungen der Inklusion und der zunehmenden Digitalisierung der Gesellschaft.

3.17 Es gibt keine Alternative zur Inklusion

Für die Umsetzung unseres Zieles „Eine inklusive Schule für Alle“ ist natürlich dieser Beschluss besonders weitreichend. Was gibt er als Hauptinhalte vor?



Marlis Tepe, die alte und neue Bundesvorsitzende der GEW – Foto: Kay Herschelmann

„Alle allgemeinen Schulen sollen aus ihrem Einzugsbereich Schülerinnen und Schüler aufnehmen, die sonderpädagogischen Förderbedarf haben. Die an diesen Schulen tätigen Fachkräfte sollen alle Aufgaben von Inklusion abdecken. Medizinische Fachkräfte und Lehrkräfte für Deutsch als Zweitsprache sowie für Herkunftssprachen sind nach Bedarf einzustellen. Multiprofessionelle Teams arbeiten auf

Augenhöhe zusammen – mit unbefristeten Verträgen. Unterrichtsverpflichtung und Arbeitszeit müssen Inklusionsaufgaben ermöglichen, Klassenobergrenzen sollen gesenkt werden. Statt Ziffernnoten soll es alternative Formen der Leistungsrückmeldung geben, Prüfungen müssen an ein inklusives Schulsystem angepasst werden. Pädagoginnen und Pädagogen müssen entsprechend aus- und fortgebildet werden, die Länder richten regionale Zentren für Beratung und Unterstützung ein.“ (Quelle: GEW-Bund)

In der (zu) kurzen Diskussion wurde deutlich, dass auch innerhalb der GEW die inhaltlichen und zeitlichen Dimensionen der Umsetzung des Inklusionsprozesses durchaus umstritten sind. Dies machten auch einige Änderungsanträge zum ursprünglichen Antrag deutlich.

„Um die Verabschiedung des mehrfach modifizierten Antrags hatte es ein zähes Ringen gegeben. Intensiv diskutiert wurde über die von der Antragskommission empfohlene Streichung eines Passus, in dem es unter anderem hieß, die Landesverbände sollten sich bei Ministerien und Regierungen dafür einsetzen, LSE-Förderschulen (LSE: Lernen, Sprache sowie emotionale und soziale Entwicklung) in auslaufende Schulformen zu überführen, so dass diese „schnellstmöglich“ geschlossen würden. Gundi Müller von der BFGA Sonderpädagogische Berufe kritisierte eine große Verunsicherung ihrer Kolleginnen und Kollegen: Diese bräuchten eine sichere Perspektive.“ (Quelle: GEW-Bund)

Logisch ist, dass bei der Umsetzung dieser Forderung die Förderlehrkräfte irgendwann keine schulische Perspektive mehr hätten. Um dies zu verhindern, müssen sie in einen gelingenden Umsetzungsprozess in die Kollegien der allgemeinbildenden Schulen integriert werden. Damit die Ziele des mit einigen Änderungen und endlich mit deutlicher



Foto: Kay Herschelmann

Mehrheit beschlossenen Leitantrages gemeinsam mit den Beschäftigten erreicht werden können, wird der Hauptvorstand beauftragt, zeitnah eine Bildungsfachtagung Inklusion zu organisieren.

3.26 Bildung in der digitalen Welt

Für den Antrag zur Digitalisierung gab es zahlreiche Wortmeldungen, welche nicht angehört werden konnten. Ursache dafür waren eindeutig die viel zu langen Statements der Antragsteller*innen und der Delegierten, welche Änderungsanträge eingereicht hatten. Die Dringlichkeit des Themas bleibt unbestritten. Wir hätten uns aber aus Thüringer Sicht eine umfangreichere Diskussion gewünscht. Nun kommt es darauf an, diesen Beschluss sehr allgemein zu halten und mit den spezifischen Problemen des Schulalltages in Einklang zu bringen.

„Digitale Medien müssten sinnvoll in Bildung und Unterricht eingebunden werden, wenn sie eine positive Wirkung entfalten sollen, heißt es in dem Beschluss: ‚Die GEW fordert, das Primat der Pädagogik vor der Technologie. Digitale Medien sind ein Mittel zum Zweck und kein Selbstzweck.‘ Außerdem setzt sich die GEW dafür ein, dass

nicht nur technische Fertigkeiten vermittelt werden, sondern der kritisch konstruktive Umgang mit digitalen Medien. Das sei nur möglich, wenn Pädagoginnen und Pädagogen durch eine entsprechende Qualifizierung in die Lage versetzt werden, kompetent mit digitalen Medien umzugehen und diese sinnvoll im Unterricht einzusetzen.“ (Quelle: GEW – Bund)

Besonders heiß wurde der Datenschutz diskutiert. Vielen unserer Kolleg*innen ist immer noch nicht deutlich bewusst, welchen besonderen Stellenwert dieser Problematik zukommt.

„Auch der Einfluss der Wirtschaft wurde diskutiert: Die Delegierten des Gewerkschaftstages erteilten der Ökonomisierung von Bildung durch die Digitalindustrie eine Absage und forderten die öffentliche Finanzierung der digitalen Ausstattung von Bildungseinrichtungen.“ (Quelle GEW-Bund)

Der Angst, dass die Digitalisierung zu Arbeitsplatzverlust oder der Einführung komplizierter, technisierter Prozesse, Vorschub leistet, tritt die GEW mit klaren Aussagen zur Beteiligung der Betriebs- und Personalräte bei allen diesen Maßnahmen entgegen. Sicher ist aber auch, dass wir uns in einem stetigen Lernprozess dazu befinden und hierfür müssen durch die Verantwortlichen umfangreiche Möglichkeiten der Aus- und Weiterbildung geschaffen werden.

Dies kann an dieser Stelle nur ein kurzer Überblick der wichtigsten bildungspolitischen Beschlüsse sein. Eine Übersicht aller Beschlüsse findet man hier:

www.gew.de/28-gewerkschaftstag/

www.gew.de/28-gewerkschaftstag/

Nun kommt es darauf an, dass wir gemeinsam in den Referaten und Arbeitsgruppen alle Beschlüsse gründlich analysieren, ihre Auswirkungen für unser Handeln diskutieren, auf die Thüringer Verhältnisse anpassen und für deren Umsetzung streiten.



Foto: Kay Herschelmann



Dieter Gebhardt

Andreas Heimann
Mitglied des Landes-
vorstandes
der GEW Thüringen

Auswirkungen auf Thüringen

Der Beschluss zur Lehrer*innenbildung

Der GEW-Tag in Freiburg im Breisgau Anfang Mai ist nun vorbei. Über 400 Delegierte aus 16 Bundesländern haben in einem Wahlmarathon die 8 Mitglieder ihres Geschäftsführenden Vorstandes bestätigt oder neu gewählt. Mit viel zu wenig Zeit konnten doch noch zahlreiche wesentliche Beschlüsse für die nächsten 4 Jahre erläutert, auch kontrovers diskutiert und dann demokratisch abgestimmt werden. Dabei hat mich der bildungspolitische Beschluss 3.1. besonders interessiert. Denn über zwei 2 Jahre habe ich mich zusammen mit Marcel Helwig, Lehramtsstudierender und Vertreter unserer Jungen GEW sehr aktiv an dem Grundsatzpapier für die Lehrer*innenbildung eingebracht.



Foto: Kay Herschelmann

An diesen Leitlinien haben sich neben uns beiden ca. 50 Expert*innen aus allen Bundesländern beteiligt, junge und lebensältere, in Studium, Forschung und in Schule tätige Menschen. Eine bunte Mischung von GEW-Mitgliedern, die ihre Sicht, Erfahrungen und Forderungen für eine gute Lehrer*innenbildung, sowohl im Studium als auch im Vorbereitungsdienst/Refendariat bis hin zum*r voll ausgebildeten Lehrer*in diskutierten und überdachten. Intensiv wurden dann in vier separat arbeitenden Themengruppen die zum Teil neuen Erkenntnisse, auch mit Hilfe verschiedener Expertisen von Wissenschaftler*innen, zusammen getragen. Diese wurden dann wiederum in drei 3 Zukunftsforen vorgestellt, auch im Streitgespräch umformuliert.

Es war ein langwieriger, aber auch spannender Prozess, der der GEW und ihren Mitgliedern 30 inhaltsreiche Leitlinien für eine zukunftsorientierte Lehrer*innenbildung zur Verfügung stellt.

Ganz wichtig war für mich das über den Tellerrand schauen, auch in andere europäische Länder. Und dass trotz des großen Bildungsföderalismus' in Deutschland viele Lehramtsstudierende, Lehramtsanwärter*innen und Ausbilder*innen mit ähnlichen Problemen zu kämpfen haben.

Die für mich besonders wichtigen Erkenntnisse für die Ausbildung einer Lehrkraft in einer demokratischen und inklusiven Schule sind:

- Vor Studienbeginn braucht es ausreichende Beratung zu Fächerkombinationen und Studieninhalten. Studiengebühren sind unakzeptabel; das erschwert den Zugang zum pädagogischen Studium für junge Menschen beispielsweise aus einkommensschwachen Familien oder mit Migrationsgeschichte. Wir brauchen mehr Pädagog*innen aus verschiedenen Bevölkerungsschichten für unsere zunehmend vielfältige Schüler*innenschaft.
- Lehramtsstudium und Vorbereitungsdienst müssen sich inhaltlich und organisatorisch ergänzen. Die große Anzahl an Fachinhalten in der Hochschulausbildung muss spezifischer aufbereitet werden fürs Lehrer*innenstudium. Vermehrte Anforderungen durch die

Tätigkeit in einer inklusiven Schule erfordern eindeutig mehr fachdidaktische, sowie erziehungswissenschaftliche Inhalte und mehrmonatige Schulpraktika.

- Zudem braucht es neben den Fachlehrer*innen für Förderschwerpunkte grundlegende Kenntnisse in Förderpädagogik, sowie grundlegende Qualifizierungen im Umgang mit Mehrsprachigkeit und der Auseinandersetzung mit allen Aspekten von Vielfalt im Klassenzimmer.
- Die Zentren für Lehrerbildung an den Hochschulen müssen dabei auch Standards und Angebote für die 3. Phase, die Fort- und Weiterbildung, der im Lehrer*innenberuf Tätigen anbieten.
- Der Vorbereitungsdienst sollte nicht vorrangig der Bedarfsdeckung dienen. Den Lehramtsanwärter*innen muss eine mindestens 18 Monate dauernde Ausbildungsphase für alle Lehrämter zur Verfügung stehen. Die Begleitung durch erfahrene Kolleg*innen muss mit Stundenanrechnungen angemessen ausgeglichen werden. Die Qualifikation der Mentor*innen muss verbessert werden.
- Ohne eine verpflichtende einkommensrelevante Qualifikation darf es keine Einstellung von Quer- und Seiteneinsteiger*innen geben. Das müssen auch Personalräte permanent fordern und entsprechend reagieren bei diesem vollem Mitbestimmungstatbestand.

Die GEW Thüringen hat sich schon in den Verhandlungen zum Personalentwicklungskonzept 2013 für eine Reformierung der Lehrer*innenbildung mit dem TMBWK unter Christoph Matschie eingesetzt. Es kam aber leider nicht zum Abschluss dieses schon mehrseitigen Verhandlungspapiers.

Nach diesem mit überwältigender Mehrheit gefassten GEW-Beschluss sind wir als GEW Thüringen nunmehr aufgefordert, Gespräche mit dem TMBJS unter der Leitung der Ministerin Frau Dr. Klaubert, dem TMWWDG mit Minister Tiefensee und den Staatssekretären Frau Ohler und Herr Hoppe zu führen. Die beiden Universitäten für Lehramtsstudierende sind dabei eben so wichtige Gesprächspartner*innen und ich hoffe sehr, dass unsere innovativen Ideen, auch unter Berücksichtigung der wissenschaftlichen Untersuchungen, neugierig machen und sie sich gemeinsam mit uns der Bildungsgewerkschaft auf dem Weg machen, die Lehrer*innenbildung weiter zu entwickeln. Wir sind bereit für diesen Weg!

Steffi Kalupke
Stellvertretende Landesvorsitzende



Interview

Mein Blick auf den 28. Gewerkschaftstag der GEW in Freiburg im Breisgau

Gunter Zeuke ist stellvertretender Landesvorsitzender der GEW Thüringen und zugleich Leiter des Vorstandsbereiches Angestellten- und Beamtenpolitik. Als Delegierter des Landesverbandes war er beim 28. Gewerkschaftstag der GEW dabei, zu seinen Eindrücken haben wir ihn befragt:



Foto: Kay Herschelmann

Was wäre geographisch zum Veranstaltungsort zu sagen?

Freiburg liegt im Südwesten Baden-Württembergs am südöstlichen Rand des Oberrheingrabens und am westlichen Fuße des Schwarzwaldes und hat etwa 230 000 Einwohner. Es ist eine Stadt, die aus allen Nähten platzt. Als Autofahrer hat man gar keine Chance – 18 Blitzer warten im Stadtgebiet auf ihre Opfer und selbst als Fahrradfahrer ist man in der Innenstadt nur zweite Wahl. Fahrradfahren in der Fußgängerzone kostet 15 Euro, wenn es einem nicht gelingt, sich irgendwie herauszureden. Am besten erkundet man die Freiburger City zu Fuß und nutzt ggf. die öffentlichen Verkehrsmittel. Eine Reise wert ist Freiburg allemal.

Freiburg soll auch die sonnenreichste und wärmste Stadt Deutschlands sein – während des Gewerkschaftstages gerade nicht. Es war kalt und regnerisch und am sonnigen Mittwoch, sind wir abgereist. Freiburg ist auch die höchstgelegene Stadt Deutschlands. Dies aber nur, weil einer der höchsten Berge des Schwarzwaldes, der Schauinsland mit 1284 m ü. NN innerhalb der Gemarkungsgrenzen Freiburgs liegt. Der 48. Nördliche Breitengrad durchläuft Freiburg und Freiburg war von 1946 bis 1951 Hauptstadt des Bundeslandes Baden. 1951 entstand per Volksabstimmung das Bundesland Baden-Württemberg. Das war mir ehrlich gesagt neu.

Welche positiven Eindrücke hattest du beim Gewerkschaftstag?

Die Stimmung unter den Delegierten war gut. Die Thüringer Vertreterinnen und Vertreter hatten sich gut vorbereitet. Mit der Wahl von Daniel Merbitz als Vertreter des Vorstandsbereiches Tarife und Beamte (TuB) erhofft sich Thüringen eine stärkere bundespolitische Schwerpunktsetzung bei den Themen zur Verbesserung der Arbeits-

bedingungen, wie beispielsweise die Weiterentwicklung des Tarifvertrages Entgeltordnung für Lehrkräfte. Wir erwarten auch eine bundesweit geführte GEW-Diskussion zum Thema Arbeitszeit mit dem Ergebnis einheitlicher Eckpunkte und Forderungen. Dabei ist die Niedersächsische Studie zur Arbeitsbelastung für Lehrerinnen und Lehrer eine gute Grundlage, die stärker genutzt werden sollte. Die GEW Thüringen führt dazu im September 2017 eine Personalrätekonferenz durch. Wir gehen aber auch von beamtenrechtlichen Entwicklungen im Vorstandsbereich TuB aus, insbesondere zur Vorbereitung der GEW beziehungsweise der Beamten auf das kommende Beamtenstreikrecht. Durch die Föderalismusreform II ist das Beamtenrecht in der Regel Ländersache. Dabei wird deutlich, dass zunehmend die bundeseinheitliche Klammer fehlt.

Die GEW muss sich zukünftig stärker gegen das Befristungsunwesen, insbesondere im Hochschulbereich, aber auch im Bereich der freien Träger und zunehmend auch im Schulbereich engagieren. Daueraufgaben müssen dauerhaft besetzt werden. Und nicht zuletzt: Der Arbeits- und Gesundheitsschutz muss zukünftig einen höheren Stellenwert erhalten, ebenso wie die Lehrerbildung, und, und, und. Es gibt viele Probleme, wohin das Auge schaut.

Was gab es denn nicht so Erfreuliches zu berichten?

Die viel beschworenen und oftmals eingeforderten Werte wie Toleranz, Demokratie und Verständnis für andere Meinungen kamen mir manchmal etwas zu kurz. Beispielsweise wurde bei Rednern, wie dem Baden-Württembergischen Ministerpräsidenten Kretschmann und dem CDU-Vorsitzenden aus diesem Bundesland, Thomas Strobl, nicht mit Protesten und Buh-Rufen gespart. Bei Politikerinnen und Politikern einer anderen Richtung ging es dagegen deutlich niveauvoller zu. Sachlich kritische Anmerkungen zu Anträgen wurden in der Regel gar nicht gern gehört. Insgesamt war die Zeit für die Diskussion der Anträge viel zu kurz. Die Redebeiträge und die Wahlen zu den GEW-Vorstandsmitgliedern haben zu viel Zeit in Anspruch genommen. Dies hatte zur Folge, dass relativ unstrittige Anträge im Block durchgewunken wurden, die anderen an den Hauptvorstand verwiesen wurden.

Worauf sollte beim nächsten Gewerkschaftstag unbedingt geachtet werden?

Es war gar nicht schön, dass wir die gesamte Zeit in Messehallen ohne Tageslicht zugebracht haben. Das sollte man beim nächsten Mal besser machen.

Vielen Dank.

Positionierung

Gewerkschaftstag setzt Zeichen gegen Rechts

Der 28. Gewerkschaftstag der GEW hat zwei Beschlüsse gefasst, die sich mit der neuen Rechten auseinandersetzen und ein klares Zeichen gegen Rechts setzen: Der Beschluss „Aktiv gegen Rechts“ verpflichtet die GEW und ihre Mitglieder, sich aktiv gegen rechtsradikale und –populistische Argumentationen und Handlungen einzusetzen, während im Beschluss „AfD und GEW stehen sich diametral entgegen“ dargelegt wird, dass Positionen und Ziele dieser rechtspopulistischen Partei mit denen der GEW unvereinbar sind.

An der Vorbereitung beider Beschlüsse waren Thüringer Kollegen mit Mike Niederstraßer und Thomas Hoffmann maßgeblich beteiligt, letzterer hat den Antrag „Aktiv gegen Rechts“ für den Bundesfachgruppenausschuss Hochschule und Forschung in den Gewerkschaftstag eingebracht.

In beiden Beschlüssen wird aus der Satzung abgeleitet, dass die GEW für Demokratie, Sozial- und Rechtsstaatlichkeit sowie unveräußerliche Menschenrechte eintritt (§ 6.4 der GEW-Satzung). Aufgaben der GEW sind u. a. die interkulturelle Öffnung der in den Diensten von Erziehung und Wissenschaft stehenden Einrichtungen, der Ausbau der Geschlechterdemokratie sowie die Verhinderung und Beseitigung von Diskriminierung (§ 3 der Satzung). Daher muss die GEW sich aktiv gegen jegliche Form von Ausgrenzung und Diskriminierung einsetzen und beispielsweise jegliche Form von Rassismus, Sexismus, Homophobie, Antisemitismus, Anti-Genderismus, Islamophobie oder Fremdenfeindlichkeit bekämpfen.

Es wird auch unterstrichen, dass Hetzpropaganda keine Meinungsäußerung ist, sondern eine Form von Gewalt darstellt. Die Landesverbände sind aufgerufen, Personen, die so agieren, zum Austritt

aufzufordern und im Einzelfall zu prüfen, ob Ausschlussstatbestände vorliegen. Daher fördert die GEW die regelmäßige kritische Verständigung unter ihren Mitgliedern über die politische Entwicklung nach Rechts.

Außerdem unterstützt und fördert die GEW Veranstaltungen und Publikationen, die sich mit Rechtspopulismus, Rechtsradikalismus und der neuen Rechten auseinandersetzen. Das ist eine gesamtgewerkschaftliche Aufgabe, an der GEW-Mitglieder aller Organisationsbereiche zusammenarbeiten. Dabei ist die solidarische Kooperation mit anderen Gewerkschaften und Interessenvertretungen im Bildungswesen sowie antifaschistischen Organisationen und Gruppen der Zivilgesellschaft anzustreben.

Es ist erfreulich, dass beide Anträge einen so deutlichen Zuspruch unter den Delegierten gefunden haben, dass sie mit überwältigender Mehrheit bzw. einstimmig („Aktiv gegen Rechts“) beschlossen wurden. Das hilft auch uns in Thüringen bei der Durchführung weiterer Aktionen und Veranstaltungen zu diesem Thema.

Thomas Hoffmann, Stellvertretender Landesvorsitzender



Bericht

Als Gastdelegierte zum ersten Mal dabei

Alle vier Jahre findet der bundesweite Gewerkschaftstag unserer GEW statt. Er ist das höchste Beschlussgremium und entscheidend für die Richtung der Gewerkschaftsarbeit der kommenden Jahre. Ich durfte als Gastdelegierte zum ersten Mal daran teilnehmen und fasse meine Eindrücke hier zusammen.



Foto: Kay Herschelmann

Als ich vor einigen Wochen spontan gefragt wurde, ob ich mir vorstellen könnte, als Gastdelegierte zum Gewerkschaftstag zu fahren, war meine erste Reaktion: Ja, klar! Wenig später fragte ich mich dann aber: Was genau ist das eigentlich, was soll ich dort überhaupt und was sind eigentlich meine Aufgaben? Aus dem „Ja, klar!“ wurde ein „Oh je!“ Dass ich mir gar nicht so viel Stress hätte machen müssen, wurde mir spätestens auf der Hinfahrt klar. Doch ich will lieber der Reihe nach erzählen, wie ich die Zeit in Freiburg erlebt habe.

Der Gewerkschaftstag das höchste Beschlussgremium der GEW.

In einem Rhythmus von vier Jahren treffen sich die Delegierten aller Landesverbände an wechselnden Orten und wählen unseren Hauptvorstand. Außerdem gibt es umfangreiche Beratungen über Anträge, welche richtungswesend für unsere Arbeit sind. Dass dies nicht in einem oder zwei Tagen zu bewältigen ist, kann man sich vorstellen. Wir hatten in diesem Jahr 5 Tage Zeit und haben dennoch nicht alles geschafft. Das lag vor allem daran, dass es zu verschiedenen Anträgen großen Redebedarf gab. Auch die Kandidat*innen für den Hauptvorstand mussten den Delegierten Rede und Antwort stehen, was manchmal etwas länger dauerte. Es wurde kontrovers und konstruktiv diskutiert, was mir sehr gefallen hat. Dinge nicht einfach stehen zu lassen, sondern auch Unangenehmes anzusprechen – genau so stelle ich mir Gewerkschaftsarbeit vor.

Dabei durften sogar wir Gastdelegierte das Wort ergreifen. In der Regel werden wir als Beobachter*innen eingeladen, die den Prozess der Wahlen und Abstimmungen kritisch begleiten sollen. Zudem können wir uns in Übereinstimmung mit dem Plenum auch zu Wort melden, Fragen stellen oder Diskussionen anstoßen. Ein Stimmrecht haben wir nicht. Darüber war ich aber für meinen ersten Gewerkschafts-

tag eher froh, denn das hätte ich als eine zu große Verantwortung für meine erst kurze Zeit in der GEW empfunden. Was ich sehr spannend fand, war die teilweise sehr harsche und direkte Kommentierung des Geschehens aus den Reihen der Gastdelegierten. Ich habe das als sehr positiv empfunden, denn es gab einen ständigen Austausch von ordentlichen und Gastdelegierten. Dadurch bekamen manche Debatten mehr Schärfe, die vielleicht sonst zu sehr auf Konsens gebügelt waren. Ein Beispiel hierfür sind die Ausführungen rund

um Berufsverbote für Kolleg*innen nach dem sogenannten Radikalerlass. Hier wurde der Diskussion um die Forderung nach Entschädigungen für unsere Mitglieder mehr Nachdruck verliehen.

Was genau waren die Hauptthemen, die diskutiert wurden?

Ich kann die Stimmung und die Beschlusslage im Prinzip auf vier Begriffe eingrenzen: Digitalisierung, Inklusion, Bildungsgerechtigkeit und Solidarität. Die heftigsten Diskussionen wurden über den Bereich „Digitalisierung“ geführt. Beispielhaft dafür waren die Anfangsschwierigkeiten, das Plenum von einer neuen Abstimmungs- methode zu überzeugen. In diesem Jahr war es das erste Mal so, dass die Wahlen zum Hauptvorstand mittels technischer Abstimmungsgeräte durchgeführt wurden. Das sollte vor allem eine Zeitersparnis bringen und die Arbeit effizienter gestalten. Es gab große Vorbehalte dagegen, welche sich auch in späteren Diskussionen immer wieder fanden. Die Hauptkritik richtete sich vor allem auf den Punkt der Sicherheit solcher Methoden. Im Verlauf des Gewerkschaftstages wurde das immer wieder zum Thema, etwa wenn über mögliche Hacker-Angriffe auf Schüler*innen-Daten gesprochen wurde oder die Einflussnahme von Technologie-Firmen wie Microsoft auf die Unterrichtsinhalte. Diese Auseinandersetzungen zwischen Befürworter*innen und Gegner*innen konnten nicht abschließend aufgelöst werden. Das sehe ich allerdings nicht als Manko an, denn das Thema ist sehr komplex.

Beim Thema „Inklusion“ gingen die Diskussionen in verschiedene Richtungen:

Einig waren sich alle Delegierten, dass Inklusion im Prinzip wünschenswert sei. Jedoch wurde auch hier wieder klar: Es geht nicht

ohne eine bessere finanzielle und personelle Ausstattung der Bildungseinrichtungen. Ansonsten „verkommt der gute Gedanke zur Farce“ (Zitat von mehreren Delegierten).

Bildungsgerechtigkeit

Das Thema, das mich am meisten selbst beschäftigt und betrifft, ist das der Bildungsgerechtigkeit. Die Forderung, wirklich allen Menschen umfangreiche Bildung zu ermöglichen und die Feststellung der Undurchlässigkeit unseres Bildungssystems waren die bestimmenden Strömungen in der Diskussion. Hier herrschte auch unter uns Delegierten keinerlei Dissens. Das hätte mich auch sehr verwundert, wenn ich ehrlich bin. Was ich in diesem Zusammenhang sehr gelungen fand, war eine Protestaktion der Jungen GEW am Auftaktabend. Während der Begrüßungsrede von Ministerpräsident Kretschmann „störten“ sie seine Ausführungen, indem sich mehrere Delegierte mit Bannern und Schildern vor der Bühne positionierten. Der Protest war insgesamt ruhig, aber wirkungsvoll, denn er hatte die breite Unterstützung des Publikums, welches mit Applaus, Zwischenrufen und Pfiffen auf die Problematik der Studiengebühren aufmerksam machte.

In Baden-Württemberg hatte die Landesregierung erst wenige Tage zuvor die Einführung von Studiengebühren für Nicht-EU-Ausländer*innen beschlossen. Eine Entscheidung, die mehrheitlich als „Einfallstor“ für weitere Studiengebühren betrachtet wird. Studiengebühren sind meiner Meinung nach allgemein abzulehnen, denn sie verfestigen die soziale Ungleichheit an den Hochschulen noch mehr. Diese Proteste spiegeln die Grundstimmung des gesamten Gewerkschaftstages wider, denn gleichzeitig zielen sie auf ein weiteres Thema: Solidarität.

Wir hatten auch verschiedene ausländische Gäste vor Ort, welche in der Bildungsinternationale zu unseren Partner*innen gehören. Vor allem die Kolleg*innen aus der Türkei erhielten großen Applaus sowie die Zusicherung unserer Unterstützung. Viele sind von Arbeitslosigkeit betroffen, nachdem die Regierung in ihrem Land ihnen Staatsfeindlichkeit oder sogar Terrorismus vorgeworfen hatte. Zu diesem Thema wurden auch Beschlüsse gefasst, etwa Erklärungen der Solidarität und Regelungen zur Zusammenarbeit mit Partneruniversitäten in der Türkei.

Was kann ich also zusammenfassend schreiben?

Es waren sehr spannende 5 Tage, die mir einen tieferen Einblick in unsere Arbeit innerhalb der Gewerkschaft gegeben haben. Ich habe sehr spannende Menschen kennen gelernt, dank deren Einsatz ich keine Sorge habe, dass wir uns weiterhin für Gerechtigkeit und Solidarität einsetzen können. Ich habe gelernt, dass Kontroversen besser sein können als Konsens, denn so entwickeln wir uns weiter. Und ich bin sehr froh, dass ich dabei sein durfte, denn mich hat dieses vielfältige Engagement in meinem persönlichen Einsatz für die GEW bestärkt.

Katja Nonn
Mitglied im Referat Erwachsenenbildung
und berufliche Fort- und Weiterbildung
und in der Projektgruppe
„GEW aktiv mitgestalten“



Eine erste Bilanz aus Sicht des Landesausschusses Diversity

Repräsentanz und Vielfalt auf dem GEWerkchaftstag 2017

Am 10. Mai ist der der Gewerkschaftstag unter dem Motto „Bildung. Weiter denken!“ zu Ende gegangen. Wir wollen uns als Landesausschuss Diversity Zeit nehmen um eine erste Bilanz zu ziehen:



Jugendquote in den GEW-Gremien

Die Herausforderung bleibt, die Beteiligung und Arbeit aller Engagierten zu ermöglichen. Mit dem Beschluss „5.10. Jugendquote in Gremien“ sind wir gefordert, Strategien zu entwickeln, wie wir die Repräsentanz junger Mitglieder auf allen Ebenen und in allen Bereichen sowie Gremien erhöhen können. Der Beschluss zeigt hier auch Wege, wie wir darüber in den Austausch kommen können.

Sozial- und Erziehungsdienst

Die Kolleg*innen des Sozial- & Erziehungsdienstes machten sich dagegen durch weiße T-Shirts sichtbar. Sie sind die am schnellsten anwachsende Mitgliedergruppe der letzten Jahre. Über kreative Protestaktionen brachten sie sich gegenüber den politischen Redner*innen und sogenannten Würdenträger*innen ein, teilweise gemeinsam mit den jungen Kolleg*innen. Sie sind eine starke Stimme für die Aufwertung u. a. des frühkindlichen Bildungsbereichs und fordern eine entsprechende Ausfinanzierung der Einrichtungen und Vergütungen der Kolleg*innen. Exemplarisch seien hier die Beschlüsse „3.5 Qualifizierungsniveau für die Erzieher_inneausbildung“ und „2.11 Die TVÖD-Entgeltordnung für den Sozial- und Erziehungsdienst 2020 weiterentwickeln“ genannt.

Mehr Geld für Bildung!

Um gute Bedingungen für Bildung und auch gute Arbeitsbedingungen zu schaffen, die eine angemessene Bezahlung der Beschäftigten einschließt, bedarf es eines Umdenkens bei der Bildungsfinanzierung. Dazu wurden u. a. Beschluss 1.2 und 1.4 zu „Bildungsfinanzierung“ und „Finanzierung der Hochschulen“ gefasst. Sie schaffen die Voraussetzung, die Umsetzung von Inklusion zu beginnen und weiter voranzutreiben. Auch die Sichtbarmachung von Vielfalt, das Erlernen des Umganges damit und die aktive Antidiskriminierungsarbeit brauchen eine auskömmliche Finanzierung. Die Grundlagen hoffen wir damit zu schaffen. Der Beschluss „1.9 Zeit zu leben, Zeit zu arbeiten“ nimmt die Zeit aber auch den Arbeitsbegriff in den Blick. Er thematisiert Arbeitsbereiche neben der Lohnarbeit und die Zeitbedürfnisse von Menschen. So gibt es individuelle Lebenslagen und Bedarfe. Diese sind ständig im Fluss. Um der Vielfalt der Beschäftigten gerecht zu werden und der Vielfalt ihrer persönlichen Situation, bedarf es einer Flexibilisierung, ohne Verluste für uns Arbeitnehmer*innen. Es geht um Zeit für gesellschaftspolitisches und ehrenamtliches Engagement; um Zeit für sich selbst und sich zu bilden, um Zeit für die Regeneration und die Familie. Dabei soll die finanzielle Unabhängigkeit sowohl im Einkommen als auch in der sozialen Absicherung nicht gefährdet werden.

Geschlechtergerechtigkeit, Alters- und Alternsgerechtigkeit

Aber auch Beschlüsse zur Geschlechtergerechtigkeit, Alters- und Alternsgerechtigkeit wurden gefasst. Exemplarisch soll hier der Beschluss

„2.6 JA 13 – weil Grundschullehrerinnen es verdienen“ stehen. Er zeigt auch mit Bezug auf die Expertise zur unmittelbaren Geschlechterdiskriminierung von Grundschullehr*innen die Verwerfungen auf. Hier haben wir uns entschlossen politisch, aber auch rechtlich zu streiten und zu kämpfen. Unterstützen soll uns dabei eine Kampagne. Ziel ist es, die Besoldungsgesetze zu verändern und eine Entgeltordnung zu haben, die den Grundschullehrkräften die Bezahlung ermöglicht, die sie verdienen, nämlich dieselbe, wie Gymnasiallehrkräften. Ebenso soll Beschluss „1.11 Rechtliche Beteiligung von Seniorinnen und Senioren“, die Türen öffnen um ältere Mitmenschen an politischen und gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen besser zu beteiligen.

Lehrer*innenbildung

Im bildungspolitischen Bereich war der Leitantrag zur Lehrkräftebildung ein wichtiger Beschluss. Kollegin Kalupke widmet diesem einen eigenen Artikel. Es sei nur so viel gesagt, mit der Expertise „Vielfalt leben, lehren, lernen“ sowie der Entwicklung des Konzepts von Diversität sind wir ein großes Stück weiter gekommen in unserer Antidiskriminierungsarbeit und der Ermöglichung der Teilhabe aller Menschen im Bildungsbereich und der Pädagog*innenbildung. Zudem haben wir zahlreiche Beschlüsse zum Themenkomplex Bildung in der Migrationsgesellschaft gefasst. Sie befassen sich mit den Rahmenbedingungen für Geflüchtete, mit Deutsch als Zweitsprache, mit der Stärkung von Kolleg*innen mit Migrationsgeschichte und dem Abbau von Hürden auf dem Weg zu pädagogischen Berufen u.v.m.

Gesellschaftspolitisches Profil der GEW gestärkt

Zu guter Letzt möchten wir den gesellschaftspolitischen Bereich näher beleuchten. Durch zahlreiche Beschlüsse und Solidaritätserklärungen hat die GEW ihr Profil bekräftigt. Wir streiten für eine demokratische, inklusive und solidarische Gesellschaft und deren entsprechenden Bildungseinrichtungen. Die Beschlüsse „1.5 Aktiv gegen Rechts“ und „5.16 AfD und GEW stehen sich diametral entgegen“ machen das nochmal klar. Sie bekräftigen das Weltbild und den Anspruch der GEW und macht deutlich, gegen welche Kräfte wir ankämpfen müssen und wer nicht Teil unserer Gewerkschaftsbewegung sein kann, wenn er öffentlich gegensätzliche Positionen vertritt.

Einer der schönsten Momente

Einer der schönsten Momente war die Begrüßung der internationalen Gäste und die Beschlüsse zur Solidarisierung mit den Türkischen Kolleg*innen u.a. im Hochschulbereich.

Alle Beschlüsse findet ihr unter:

www.gew.de/28-gewerkschaftstag/beschluesse

Marcel Helwig, Landesausschuss Diversity

Ausschreibung



Andreas-Stötzer-Preis der GEW Thüringen 2017

Die GEW Thüringen vergibt im Gedenken an Andreas Stötzer einen Preis in Anerkennung und Würdigung engagierter, ehrenamtlicher GEWERKSCHAFTSARBEIT bei der Vertretung der Beschäftigteninteressen im Bildungsbereich.

Der Andreas-Stötzer-Preis wird seit 2015 regelmäßig alle zwei Jahre vergeben. Die Preisträger werden von einer unabhängigen Jury ausgewählt. Die Auszeichnung richtet sich an GEW-Mitglieder, die durch ihr engagiertes Eintreten in ihren Einrichtungen und darüber hinaus Mitbestimmung ermöglichen und die sich durch ihr Wirken in besonderer Weise für die Interessen ihrer Kolleginnen und Kollegen einsetzen. Der Andreas-Stötzer-Preis wird vergeben an:

- GEW-Mitglieder oder -Teams, die sich in der Personalratsarbeit, der Betriebsratsarbeit oder in Mitarbeitervertretungen in vorbildlicher Weise engagieren
- aktive GEW-Mitglieder oder -Teams, die beispielgebend als Vertrauensfrau oder Vertrauensmann an ihrer Einrichtung tätig sind oder
- GEW-Mitglieder oder -Teams, die vergleichbare Leistungen in der Mitbestimmung und Interessenvertretung für ihre Kolleginnen und Kollegen erbracht haben und dadurch konkrete Verbesserungen für ihre Kolleginnen und Kollegen durchgesetzt haben.

Vorschläge können GEW-Mitglieder und die Organe der GEW einreichen. Der Vorschlag soll unter Verwendung eines Formblattes (max. 2 Seiten) oder online erfolgen und muss neben den Angaben zu den Vorschlagenden und den Vorgeschlagenen eine Begründung enthalten. Die Jury berät die Preisvergabe auf der Grundlage der eingereichten Vorschläge. Sie dokumentiert ihre Entscheidung und begründet die Auswahl. Die Entscheidung der Jury ist endgültig.

Die Auszeichnung der Preisträger*innen erfolgt in würdigem Rahmen am 07.12.2017. Die Preisträger*innen erhalten eine Urkunde und eine Prämie von 300 Euro. Eine Würdigung der Preisträger*innen erfolgt über unsere Medien. Vorschläge können mit dem Formblatt oder online unter www.gew-thueringen.de/andreas-stoetzer-preis eingereicht werden.

Einreichungsschluss: 29. September 2017

1. Vorschlagende/Vorschlagender

Name(n), Vorname(n):
Adresse, E-Mail:
GEW-Mitglieds-Nr. oder Amt/Funktion in einem Organ der GEW Thüringen:

2. Als Preisträgerin/Preisträger wird vorgeschlagen:

Name(n), Vorname(n):
Adresse, E-Mail:
Einrichtung:

3. Begründung des Vorschlages: (Bitte gesondertes Blatt verwenden)

Ort, Datum Unterschrift

Vorschläge an: GEW Thüringen, Heinrich-Mann-Str. 22, 99096 Erfurt
Eine Einsendung per E-Mail ist möglich an: mandy.schroeder@gew-thueringen.de
Die Einreichung kann auch online erfolgen: www.gew-thueringen.de/andreas-stoetzer-preis

GEW in Bildung unterwegs

Mehr Personal, bessere Eingruppierungen und Bedingungen? Mehr Geld für Bildung!

Die als Bundesvorsitzende wiedergewählte Marlis Tepe besuchte im Rahmen ihrer bundesweiten Tour „GEW in Bildung unterwegs“ am 16. Mai das Bundesland Thüringen. Zusammen mit Kathrin Vitzthum, Landesvorsitzende der GEW Thüringen, fuhren die beiden Gewerkschafterinnen an eine Regelschule mit hohem Migrationsanteil und informierten sich dort über die Schwierigkeiten aufgrund des Mangels an Ausstattung. Zugleich warben sie medienwirksam für eine bessere Bildungsfinanzierung und tauschten sich mit Akteuren der Lehrer*innenbildung der Universität Erfurt über Stand und Herausforderungen aus. Hier der Bericht:

Als der ICE 1634 in den Hauptbahnhof Erfurt einfährt, steht die Sonne schon hoch über der Stadt. Marlis Tepe packt die Unterlagen zusammen, schnappt ihre schwarze Tasche und tritt hinaus auf den Bahnhofplatz. Die Cafés haben ihre Stühle herausgestellt. Geschirr klappert, das Lachen der Gäste schallt über den Platz. Doch die Bundesvorsitzende der GEW weiß: Die Erfurter Idylle trügt. Zumindest in Sachen Bildung gibt es einiges zu tun im Bundesland Thüringen. Es fehlen Lehrer*innen, es hakt an der Besoldung, viele Schulbauten sind sanierungsbedürftig.

Tepe zieht ihre Jacke enger und nimmt Kurs auf das Auto der GEW Thüringen. Heute will sie sich gemeinsam mit der GEW-Landesvorsitzenden Kathrin Vitzthum vor Ort selbst ein Bild machen. Thüringen ist die vierte Station auf ihrer Erkundungstour durch die Republik: „GEW in Bildung unterwegs“.

11.15 Uhr, Thomas-Mann Schule im Erfurter Osten.

Eine Regelschule mit 306 Schüler*innen. Lindgrüne Mauern, hellblauer Boden, gelbe Fensterrahmen. Tepe schüttelt den Kopf. Der bunte Farbmix kann den Sanierungsbedarf nicht verdecken. Es fehlen Aufzüge, die Treppenaufgänge sind eng und dunkel. Eine Zumutung für Rollstuhlfahrer, eine Zumutung für alle Schüler*innen, die sich Tag für Tag hier durchzwängen müssen. 34 Milliarden schätzt die KfW den Investitionsstau für die Schulgebäude der Republik, Tepe fordert: „Die Politik muss endlich mehr Geld für die Bildung in die Hand nehmen“. Das gelinge nur, wenn Bund und Länder gemeinsam Bildung finanzieren und fördern. „Das Kooperationsverbot muss fallen.“

Im Büro von Schulleiterin Carolin Raufeisen dampft der Kaffee, Käsepfannkuchen und Erdbeeren sind serviert. „Wo hakt es noch bei Ihnen an der Schule?“, will Marlis Tepe wissen. Und Raufeisen erzählt. Achtzig Prozent ihrer Schüler sind lernmittelbefreit, fünfzig Prozent nicht-deutscher Herkunft. Ihre Muttersprachen – meist Arabisch, Dari, Türkisch – beherrscht fast niemand im Kollegium, für die Eltern müssen die Kinder selbst übersetzen. Gute Bildungschancen haben hier nur wenige, Perspektivlosigkeit prägt ihren Blick auf das Leben. Und wie soll eine angemessene Förderung gelingen, bei einem so drastischen Lehrer*innenmangel, der schon die Organisation von Krankheitsvertretungen und Fortbildungen zur Herkulesaufgabe macht? Würden alle 35 Kolleginnen und Kollegen ihre 5 Fortbildungstage im Jahr wahrnehmen, fielen allein dadurch 175 Unterrichtstage aus. „Notgedrungen beschränken wir uns auf schulinterne Fortbildungen und verkürzen dafür die Stunden“, sagt Raufeisen. Und im Alltag bleibt nur: Zähne zusammenbeißen und durchhalten. Denn obwohl in 13 von 15 Klassen Schüler mit Lernförderbedarf sitzen, obwohl permanent neue Geflüchtete in den „Vorschaltklassen“ aufgenommen werden müssen, fehlt es an Sozialarbeiter*innen und Experten für Deutsch als Zweitsprache (DAZ). Wie sollen drei DAZ-Mitarbeiter*innen und 1,5 Sozialarbeiter*innen-

Stellen dem gewaltigen Bedarf gerecht werden? Raufeisen: „Die Überlastung des Kollegiums ist ungeheuer. Wir machen, was wir schaffen, den Rest eben nicht.“

11.55 Uhr, Zeit für die Stippvisite in den Klassen.

In der 9 d lernen Schüler*innen die Arbeit mit dem Koordinatensystem, die 9 a diskutiert über Geschlechterrollen, in der Vorschaltklasse grübeln arabische, russische und rumänische Kids über den Possessivpronomen. Nie steht mehr als ein/e Lehrer*in vor der Klasse. Die Schulglocke klingelt, Schüler*innen rennen lachend durch die Gänge. Stolz erzählt eine Gruppe Achtklässler Marlis Tepe von ihren Betriebspraktika. Metalltechnik, Gesundheitsamt, Designbüro. „Toll, es ist wichtig dass ihr euch gut überlegt, welchen Beruf ihr mal haben wollt“, sagt Tepe. „Möchtet ihr auch wissen, was ich mache?“ „Na klar.“ Es fällt auf, wie schnell sich ein intensives Gespräch mit den Schüler*innen entwickelt, wenn ein Erwachsener sich Zeit nimmt und signalisiert: Ich nehme euch ernst. Zeit, die im überlasteten Schulalltag oft fehlt.



Fotos: Susann Fromm

Wie sehr die Kolleginnen und Kollegen in diesem Alltag am Limit sind, erfahren Marlis Tepe und Kathrin Vitzthum in der Diskussionsrunde im provisorischen Lehrerzimmer. Ein großer Konferenztisch, keine Lehrerarbeitsplätze. Sechs Kolleginnen sind gekommen, aufgebracht schildern sie einen Alltag, der kaum noch zu bewältigen ist. Da ist der wachsende Papierkram – Zeugnisse, Lernentwicklungsbögen, Medienpässe, Berufsorientierungszertifikate schreiben – da sind all die Zusatzaufgaben die bei den Fachlehrer*innen hängenbleiben – von Medienerziehung bis zum Bewerbungstraining – da ist der viele fachfremde Unterricht, den hier alle zu geben gezwungen



Fotos: Susann Fromm

sind; da fehlt Fortbildung für die Arbeit mit Kindern mit schweren Traumata durch eine Flucht; da heißt es alleine Inklusion stemmen in Klassen mit 25 Schülern. „Schon der Kopieraufwand für heterogene Lerngruppen ist nicht zu schaffen“, sagt eine Lehrerin. „Es frustriert und macht wütend, den Schülerinnen und Schülern nicht gerecht werden zu können“, ergänzt eine andere. Alle sind sich einig: „Das schlimmste ist die mangelnde Wertschätzung. Wieso bekommen wir an der Regelschule für unsere Arbeit nur E11 und die Kolleginnen und Kollegen am Gymnasium E13?“

Da tut es gut, dass endlich mal jemand zuhört und Unterstützung zusagt.

„Wir setzen uns dafür ein, dass endlich auch alle Regelschullehrerinnen und Regelschullehrer in E13 eingruppiert werden“, sagt Kathrin Vitzthum. „Wir werden alle tarifpolitischen und rechtlichen Mittel einsetzen, damit das gelingt“, ergänzt Tepe. Und damit endlich mehr Personal da ist. Die GEW-Vorsitzende weiß, was es braucht, um Inklusion erfolgreich umsetzen: Kleinere Klassen, Doppelbesetzung, multiprofessionelle Teams, Schulsozialarbeit, Supervision. Schließlich war sie selbst dabei als Ende der 80er Jahre die Inklusion in Schleswig-Holstein eingeführt wurde – unter viel besseren finanziellen und personellen Bedingungen. „Damit wir stark in die Verhandlungen gehen können, brauchen wir auch die Unterstützung von unserer Basis – von euch“, ermuntert zum Schluss Landesvorsitzende Vitzthum. Denn sicher ist: Leicht wird es nicht in einem Bundesland wie Thüringen, wo in den kommenden Jahren 5000 Lehrkräfte in Rente gehen, eine bessere Bezahlung durchzudrücken und die Personaldecke an den Schulen wirklich dichter zu knüpfen.

**16 Uhr:
Pressekonferenz – Bildung. Weiter Denken!**

Umso engagierter bringen Tepe und Vitzthum am Nachmittag auf der Pressekonferenz zur Initiative „Bildung. Weiter denken!“ zentrale GEW-Forderungen knapp auf den Punkt: Schluss mit Kooperationsverbot und Sanierungsstau, mehr pädagogisches Fachpersonal, ein besserer Personalschlüssel, Anerkennung von Vor- und Nachbereitungszeiten für die Kitas, weniger Pflichtstunden für die Primarstufe, bessere Besoldung für Grund- und Regelschulen, mehr Geld für die Hochschulen, zum Beispiel für die Lehrerbildung. Finanzbedarf

über alle Bildungssektoren hinweg: 50 bis 60 Milliarden Euro. Wie das auf Steuermitteln finanziert werden kann, hat die GEW in einem ausgefeilten Steuerkonzept errechnet. Kritische Nachfrage von Medienvertretern: Wie könne garantiert werden, dass die Steuermittel wirklich in Bildung fließen, wo andere nach mehr Geld für Infrastruktur, Bundeswehr und Rente rufen? „Genau deshalb müssen wir jetzt vor der Bundestagswahl Bildung zum Thema Nummer eins machen und den Druck auf die Politik erhöhen“, fordert Tepe. Organisationen wie die Arbeiterwohlfahrt, der DGB oder Pro Asyl trommeln gemeinsam mit der GEW für die Initiative.

**18 Uhr:
Fachgespräch zur Lehrer*innenbildung**

Zum Abschluss des Tages haben Tepe und Vitzthum Hochschulvertreter*innen und

GEW-Fachreferent*innen zum Fachgespräch Lehrer*innenbildung in die Landesgeschäftsstelle geladen. Der Präsident der Universität Erfurt, Walter Bauer-Wabnegg, nimmt kein Blatt vor den Mund „Wir rauschen mit hohem Tempo in eine Sackgasse, an deren Ende eine Betonmauer steht“. Es fehle drastisch der Nachwuchs an Förder- und Grundschullehrkräften. Wie soll Inklusion ohne sie gehen? Wie sollen ohne sie die Grundlagen für Bildung gelegt werden? „Ich bin entschlossen, mit dem Thema Sturm zu laufen und das Land wachzuküssen“, so Bauer-Wabnegg. „Wir müssen Grundschul- und Förderpädagogik wieder sexy machen!“

In der angeregten Diskussion wird deutlich: Die Lehrer*innenbildung muss noch praxisorientierter und besser verzahnt mit der Schule werden, Abbrecherquoten von fünfzig Prozent seien nicht hinnehmbar. Einfach wird die Reform nicht. Denn auch die Hochschulen sind völlig überlastet, wie Burkhard Fuhs, Dekan der Erziehungswissenschaftlichen Fakultät, deutlich macht. „Allein bei uns sind sechs Professuren unbesetzt“, so Fuhs. Die Folge: Verstopfte Seminare, übervolle Korrekturstapel auf den Schreibtischen der Hochschullehrer*innen. „Wir arbeiten mit dem Rücken zur Wand. Die Bereitschaft ist derzeit ungeheuer groß, die Konzepte für Inklusion für die Studierenden weiterzuentwickeln – aber es bleibt keine Zeit dafür.“

Umso besser kommt der Vorschlag von GEW-Chefin Tepe an: „Ich sehe diese Runde als Auftakt zu einem regelmäßigen Austausch zwischen Gewerkschaft und Hochschule. Wir müssen gemeinsam die Politik in die Pflicht nehmen.“

Anja Dilk, freie Journalistin



Fotos: Susann Fromm

Resümee

Zum 1. Mai 2017 in Gera

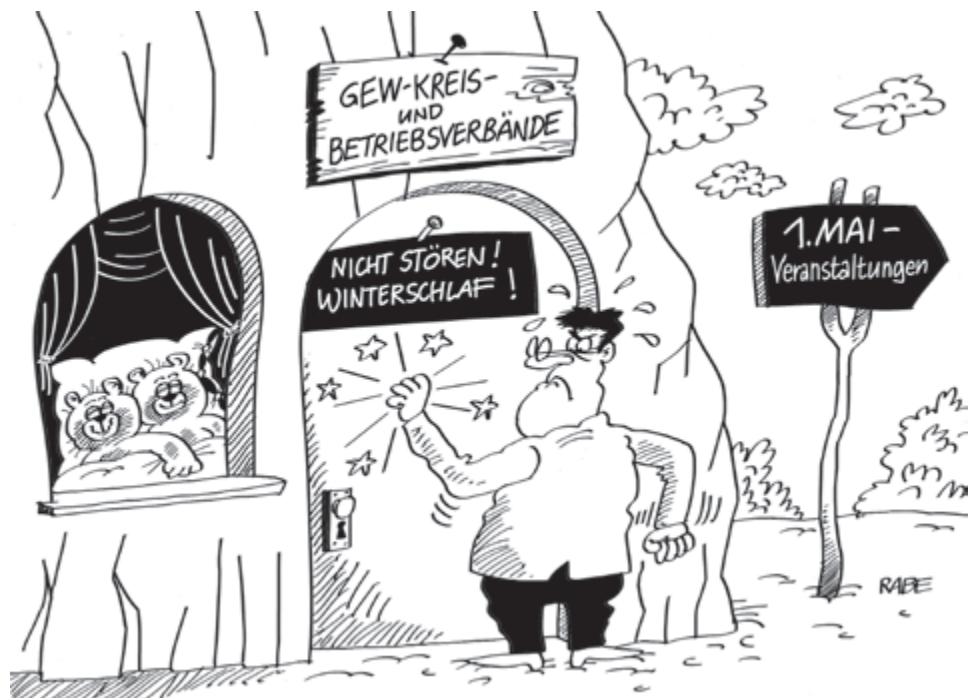
Zusammen mit dem Ministerpräsident Bodo Ramelow, Konstantin Wecker sowie dessen Band zeigten auch Mitglieder des Kreisverbandes Saalfeld-Rudolstadt unterstützt von zahlreich mit in die Metropole gekommenen Gymnasiast*innen couragiert ihre Solidarität mit Gera. Mittels klug durchdachter vielfältiger Initiativen störten bzw. durchkreuzten sie überwiegend formvollendet die radikalen „Botschaften“ der neonazistische Alternative zur NPD „Der III. Weg“. Dieses seit 2014 verbotene Netzwerk mobilisierte bundesweit erneut über 600 Neonazis zur Störung der zentralen Mai-Feierlichkeiten in die traditionsreiche ostthüringische Stadt.

Unter dem Motto „Herz statt Hetze“ bekundeten über 1000 teilnehmende Vertreter*innen aller Einzelgewerkschaften des DGB zusammen mit vielen Vertreter*innen der demokratischen Bündnisse unseres Freistaates damit anlässlich dieses Kampftages der Werktätigen ihr aktives Eintreten für eine weltoffene Gesellschaft, für Völkerverständigung, in der rassistische, nationalistische, sexistische, antisemitische Positionen sowie andere Formen der Diskriminierung keinen Platz haben.

Die in diesem Jahr friedlich verlaufene und ermutigende Zeichen setzende Gegendemo zu den Neonazis verdient den besonderen Respekt aller friedliebenden Bürger Ostthüringens. Danke für das von allen an den Mai-

Kundgebungen Beteiligten für deren uneigennütziges Engagement für unseren Freistaat Thüringen und das Fortbestehen und den Umbau eines gemeinsamen europäischen Hauses.

Klaus Salmann,
Mitglied des DGB Kreisvorstandes
und der EUD Landesverbandes Thü. e.V.



Aufruf

Neue Arbeitsgemeinschaft zur Bildungsfinanzierung gegründet. Bring Dich ein!

Der Landesvorstand der GEW Thüringen hat in seiner Sitzung am 20.05.2017 die Gründung einer neuen Arbeitsgemeinschaft zur Bildungsfinanzierung beschlossen und ruft nun zur Mitarbeit auf.

Bildungsfinanzierung hat an Bedeutung gewonnen hat. Die strukturelle Unterfinanzierung des Bildungsbereiches – und das trotz sprudelnder Steuereinnahmen und großer Haushaltsüberschüsse – ist die Hauptursache für die teils katastrophale Situation an Thüringer Bildungseinrichtungen. Nur mit einer deutlichen Steigerung der Bildungsausgaben können die Probleme in Angriff genommen werden. Die Antwort der Politik lautet darauf aber regelmäßig: Kein Geld. Leere Kassen. Die Schuldenbremse. Die „Schwarze Null“.

Wenn Politik behauptet, es sei nicht genug Geld für Bildung da, widersprechen wir. Ein resigniertes Denken, das mehr Geld in der Bildung für eine aussichtslose Sache hält, teilen wir nicht. Wir, die GEW Thüringen, wollen uns in dieser AG Bildungsfinanzierung damit

auseinandersetzen und Vorschläge erarbeiten, wie die Bildungsfinanzierung auch in Thüringen verbessert werden kann und wie sich die zusätzlich notwendigen Investitionen finanzieren lassen. Erst dann können die vielen aktuellen Probleme in der sächlichen, finanziellen und personellen Ausstattung gelöst werden.

Die GEW Thüringen benötigt diese referatsübergreifende Kompetenz und Expertise, unter anderem zur Vorbereitung der Hopfenberggespräche und zur Erarbeitung von Stellungnahmen.

Hast Du Interesse, Dich bei diesem Thema einzubringen?

Dann melde Dich bitte bei unserer Landesvorsitzenden Kathrin Vitzthum per E-Mail unter kathrin.vitzthum@gew-thueringen.de oder telefonisch unter 0361 · 590 95 12 (Sekretariat).

Handlungsmöglichkeiten für Betriebsräte

Zwischen Berufsethos und Überlastung: Wie krank macht die Arbeit in Kitas?

Am 11. Mai fand in den Räumlichkeiten der GEW Thüringen eine in Kooperation mit Arbeit & Leben organisierte Konferenz der Thüringer Betriebsräte unter dem Motto „Gesunde Arbeit in Kitas“ statt. Die Staatssekretärin des TMBJS Gabi Ohler war an diesem Tag nicht nur unser Gast, sondern auch gleichzeitig Referentin für den Konferenzteil, welche politischen Vorstellungen und Bestrebungen es in Thüringen bezüglich guter, gesunder Arbeitsbedingungen gibt und zukünftig geben wird.

Zwei Perspektiven galt es auf dieser Konferenz einzunehmen. In einem ersten Schritt zeigte das Auftaktreferat „Arbeitsbelastungen in Kitas“ strukturelle, organisationale und individuelle Belastungsfaktoren von Erzieher*innen auf: Personalschlüssel, Gruppengrößen, Führungsmanagement, Teamstrukturen, Trägerverantwortung, Wertschätzung, Mobiliar und Räume. Anhand von vier verschiedenen Studien wurde den Teilnehmer*innen verdeutlicht, dass viele Arbeitsbedingungen in Kitas körperliche aber vor allen Dingen auch psychosomatische Beschwerden hervorrufen können; und das immerhin bei 10 bis manchmal 30 Prozent der Beschäftigten. Es handelt sich demnach nicht um ein Randphänomen, welchem allein durch individuelle Maßnahmen zu begegnen ist. Die möglichen Reaktionsweisen auf krankmachende Arbeitsbedingungen waren dann auch die zweite einzunehmende Perspektive der Konferenz. Dabei wurden neben den vorhandenen Ressourcen – Berufsethos, Relevanz und Wirkungsmacht, hohes Maß an Selbstständigkeit und Verlässlichkeit im Kollegium – vor allen Dingen Maßnahmen des Betrieblichen Gesundheitsmanagements (BGM) diskutiert. Die Referentin Sabine Merten von der IKK Classic stellte den Betriebsratsmitgliedern zentrale Aspekte des



BGM vor: Analysetechniken, Arbeitsformen und Mittel der (Zwischen-)Evaluation. Ihr Fokus lag darauf, deutlich zu machen, dass das BGM eine zentrale Führungsaufgabe ist und eines langen Atems bedarf. Die Aufgabe der Betriebsräte in diesem Prozess zu beleuchten war Thema des abschließenden Konferenzteils. Es kam zu einem Austausch der Teilnehmer*innen, die in ihren Betrieben bislang recht unterschiedliche Prozessschritte beim BGM erreicht hatten. Da galt es sich Tipps geben zu lassen, Argumente zu sammeln und auf den jeweiligen Träger zugeschnittene Wege zu diskutieren. Von Seiten der Referenten gab es Hinweise auf Paragraphen des Betriebsverfassungsgesetzes, die den Betriebsräten Mitgestaltungsmöglichkeiten eröffnen sollen, sowie die Auflistung verschiedener Kooperationspartner*innen und Unterstützer*innen. Mit dem Appell, sich nicht durch Einzelmaßnahmen wie Rückenschulungen oder Gesundheitstage abspeisen zu lassen, sondern als Betriebsrat den Blick auf die strukturellen Bedingungen von Arbeit zu richten, wurden die Teilnehmer*innen aus der Konferenz entlassen.

Nadine Hübener, Referentin für Bildung

Von der Anschlussbetreuung zum konzeptionell begründeten Ganztagsangebot

Am 06.05.2017 hat das Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport (TMBJS) in einer Veröffentlichung „Thüringer Schulhorte weiterentwickeln“ eine Reihe von ab 2018 angedachten Maßnahmen verkündet:

1. Alle Erzieher*innen, deren Stellenumfang weniger als 60 Prozent umfasst, erhalten das Angebot, ihre Beschäftigungsumfänge auf 60 Prozent zu erhöhen.
Kommentar der GEW Thüringen: Das erkennt endlich die prekären Beschäftigungsbedingungen in den Thüringer Horten an, ist aber im Hinblick auf die mangelnden qualifizierten Bewerber*innen noch nicht ausreichend.
2. Die Wiederbesetzung von Stellen soll in der Regel im Beschäftigungsumfang der/ des bisherigen Stelleninhabers/-in erfolgen.
Kommentar der GEW Thüringen: Dieser wichtige Schritt ermöglicht einen konsequenten Ausbau von gebundenen, also tatsächlichen Ganztagschulen.
3. Für Ende 2017 plant das TMBJS den Referentenentwurf für eine kleine Novelle des Thüringer Schulgesetzes vorzulegen. Im Rahmen dieser Novelle ist eine Änderung vorgesehen, die darauf abzielt, die gesetzlichen Grundlagen für die weitere Entwicklung der Ganztagschule in Thüringen zu schaffen.

Dazu führte die GEW Thüringen am 15. Mai ein Fachgespräch unter Beteiligung der Staatssekretärin Gabi Ohler und der im TMBJS für Gemeinschaftsschulen zuständigen Kollegin Kristina Pabst durch:

Die Ministeriumsvertreterinnen verwiesen auf noch ausstehende Ergebnisse der „Kommission Zukunft Schule“ und der hausinternen Arbeitsgruppen zum Beispiel zum Abbau von Verwaltungsbürokratie. Für Anfang Juni wurde die Bekanntmachung der Gesetzesänderung der GEW zugesagt.

Mehrfach betonte Gabi Ohler, dass zum einen die Schulnetzplanung (im Hinblick auf Einsparungspotenzial durch Zusammenlegungen) als auch zum zweiten mögliche Bundesmittel (zur Personalfinanzierung in anderen Bereichen des TMBJS) Auswirkungen auf die Ganztagschulentwicklung in Thüringen haben werden.

Die GEW Thüringen wird diesen Prozess im Interesse der Beschäftigten weiterhin genau beobachten und konstruktiv-kritisch begleiten.

Nadine Hübener, Referentin für Bildung

ANZEIGE:

Beteiligung am Projekt

„Kivobe – Kindern vorurteilsbewusst begegnen“

Mit dem Projekt „Kivobe – Kindern vorurteilsbewusst begegnen“, basierend auf dem Konzept der Vorurteilsbewussten Bildung und Erziehung (von Fachstelle Kinderwelten entwickelt), wählt die AWO einen pädagogischen Ansatz, in dem die Bekämpfung von Diskriminierung und die Betonung (kultureller) Vielfalt integraler Bestandteil ist. Die Wertschätzung aller Kinder und ihrer Eltern unabhängig von ethnischer, sexueller, sozio-ökonomischer, religiöser oder weltanschaulicher Herkunft und/oder körperlicher Voraussetzungen umfasst dabei auch die Frage der Gleichstellung von Mann und Frau.

Ausgangslage

Kindertagesstätten sind die ersten Orte öffentlicher Bildung, Erziehung und Betreuung. Daher sind KITAs gerade für die AWO – mit ca. 2500 Einrichtungen – ein zentrales Handlungsfeld. Hier werden die Grundlagen gelingender Teilhabe und Teilnahme am gesellschaftlichen Leben gelegt. Mit diesem inklusiven Praxiskonzept reagiert die AWO auf die Erkenntnis, dass sich Diskriminierungs- und Einseitigkeitserfahrungen bereits bei kleinen Kindern auf ihr Selbstbild und ihre Vorstellungen über andere Menschen und damit auf ihre Identität auswirken. Jedes Kind entnimmt seiner Umwelt Botschaften. Oftmals wird es dadurch mit stereotypen Vorstellungen und gesellschaftlichen Wertungen konfrontiert. Ebenso sind pädagogische Fachkräfte durch ihre biografischen Erfahrungen und Erlebnisse, durch gesellschaftliche Strukturen und institutionalisierte Formen von Diskriminierung und Ausgrenzung beeinflusst. Ihre Wertevorstellungen und Normorientierungen haben Folgen für ihre Handlungspraxis und prägen die Funktionsweisen und Regeln ihrer KITA.

Die AWO möchte, dass sich Mitarbeiter*innen in den Kindertageseinrichtungen ihrer Vorurteile bewusst und sie somit befähigt werden, ihnen entgegenzuwirken. Alle Kinder besitzen die gleichen Rechte und haben zugleich das Recht mit ihren individuellen Voraussetzungen wahrgenommen zu werden. Eine Auseinandersetzung damit ist Grundbedingung für eine gelebte Willkommenskultur. Das Konzept der vorurteilsbewussten Bildung und Erziehung verbindet individuelles und organisationales Lernen in KITAs mit dem Ziel der Reflexion des pädagogischen Handelns und der strukturellen Rahmenbedingungen. Die Auseinandersetzung mit Vorurteilen und deren Auswirkungen soll auf Ebene der pädagogischen Fach-, Leitungskräfte und Fachberatungen erfolgen und anschließend für die inhaltliche und strukturelle Qualitäts- und Organisationsentwicklung des Arbeitsfeldes der Kinderbetreuung genutzt werden.

Das Projekt „Kivobe“ des Bundesverbandes der AWO findet in Zusammenarbeit mit der AWO Thüringen und der AWO Oberbayern statt.

Ziele des Projektes und Gegenstand der Förderung

Das übergeordnete Ziel einer vorurteilsbewussten Erziehung und Bildung in den KITAs soll erreicht werden durch:

1. eine Sensibilisierung für Vorurteile und Diskriminierungen in der Lernumgebung, der Interaktion mit Kindern, im Team und in der Zusammenarbeit mit Eltern
2. eine systematische Reflexion der pädagogischen Handlungspraxis in Bezug auf Vorurteile und Diskriminierungen
3. die Reflexion eigener Diskriminierungserfahrungen
4. die Aneignung von fachlichem Wissen um Heterogenität und Diskriminierung und der Auswirkungen auf junge Kinder sowie die spezifischen

Herausforderungen bei der Arbeit mit Kindern mit Fluchterfahrung
5. die Entwicklung einer Handreichung für die Praxis und eines Curriculums für Fortbildungen, in dem Sie als Expert*innen ihr Erfahrungswissen einbringen können

Dabei bieten wir Ihnen und Ihrer Kita als Einrichtung:

1. eine thematische und methodische Qualifizierung der Leiter*innen der Kindertageeinrichtungen
2. eine kontinuierliche Prozessbegleitung vor Ort und entsprechend Ihrer Bedürfnisse durch die Projektmitarbeiterin im Ansatz der vorurteilsbewussten Erziehung und Bildung
3. eine Teamfortbildung pro Jahr in Ihrer Einrichtung
4. Insgesamt sollen Sie als Kitaleiter*innen unterstützt werden, gemeinsam mit ihrem Team systematisch die Konzeption ihrer KITA mit besonderem Blick auf Diskriminierungen und Einseitigkeiten weiterzuentwickeln.

Bewerbungsunterlagen und Voraussetzungen für die Teilnahme an der Förderphase 01.08.2017 - 30.11.2019

Eine Bewerbung ist ab sofort möglich. Bewerbungsschluss: 30.06.2017
Das Formblatt und die Voraussetzungen für die Teilnahme finden Sie unter:

www.awobildungswerk.de/projekte/vorurteilsbewusste-bildung-und-erziehung

Kontakt: Für die Umsetzung des Projektes der AWO Thüringen bin ich, Katja Ludwig, als Projektreferentin zuständig. Ich stehe Ihnen per E-Mail unter katja.ludwig@awo.org bzw. telefonisch unter 0361 · 511 50 916 gerne zur Verfügung. Mein Dienstsitz befindet sich im AWO Bildungswerk Thüringen, Am Johannestor 23, 99084 Erfurt.



Katja Ludwig
Projektreferentin



Bundesministerium
für Arbeit und Soziales



EUROPEAN UNION

Erfolgreiche Gründung eines Betriebsrates in freier Schule

Nachdem mehrere Lehrer*innen eines Schulvereins wegen der Klärung von Arbeitsbedingungen nicht ausreichend Gehör beim Vorstand (nachfolgend Arbeitgeber) fanden, beschlossen sie, einen Betriebsrat zu gründen.

Diese Absicht erzeugte Unmut nicht nur beim ...

GEW-Landesrechtsstelle





Leistungen bei der Pflege erkrankter Kinder

Häufig wird von Beamt*innen die Frage gestellt, welche Leistungen bei der Pflege erkrankter Kinder gewährt werden. Im Zusammenhang mit ...

Wird dem Beschäftigten durch ärztliches Zeugnis bescheinigt, dass ...

GEW-Landesrechtsstelle

Frage zur Ausschlussfrist

Ich habe die Erstattung von Reisekosten beantragt und den Antrag über den behördeninternen Kurierdienst der Schule auf den Weg zum zuständigen Staatlichen Schulamt gebracht. Ist damit die Frist der Beantragung bei der zuständigen Behörde gewahrt?

Die Reisekostenvergütung ist nach § ...

GEW-Landesrechtsstelle

Erhöhung der Tabellenentgelte des TV-L ab Januar 2017

Im Februar 2017 haben die ...

GEW-Landesrechtsstelle

Ilm-Kreis**Hurra, wir haben wieder ein Kreisverbandsbüro!**

Es befindet sich in Arnstadt in der Alten Feldstr. 5. Unsere neue Telefonnummer lautet 036 28 · 58 66 833, die bisherige E-Mail-Adresse kv.ilm-kreis@gew-thueringen.de bleibt erhalten.

Im laufenden Schuljahr ist unser Büro am 14.06. von 16.00 Uhr bis 18.00 Uhr geöffnet. Im kommenden Schuljahr sind die Öffnungszeiten wie gewohnt am 1. und 3. Mittwoch im Monat von 16.00 Uhr bis 18.00 Uhr. Wenn ihr unser Büro aufsuchen wollt, klingelt bitte an der Haustür, es gibt keinen separaten GEW-Briefkasten.

Fahrt nach Quedlinburg am 2. Dezember

Liebe Mitglieder, in den letzten Jahren fand immer im Frühsommer oder Herbst unsere beliebte Busfahrt statt. In diesem Jahr planen wir als Jahresabschluss etwas Besonderes: Im modernen Reisebus der Firma Enders möchten wir mit euch am 02.12.17 zum „Advent in den Höfen“ nach Quedlinburg fahren. Mitglieder bezahlen 15,00 €, für Nichtmitglieder kostet die Fahrt 39,00 €.

Die Reise beginnt

in Großbreitenbach um 8.30 Uhr
in Gehren um 8.45 Uhr
in Langewiesen um 8.50 Uhr
in Ilmenau Bhf. um 9.00 Uhr
in Arnstadt Bustreff um 9.30 Uhr

Bevor wir gegen 13.00 Uhr in Quedlinburg eintreffen, nehmen wir ein Mittagessen (drei Gerichte zur Auswahl) in Mansfeld ein. Nach einer individuellen Freizeit fahren wir gegen 16.30 Uhr wieder Richtung Heimat.

Wir hoffen, dass unser Angebot auf euer Interesse trifft. Anmeldungen können ab sofort per E-Mail, telefonisch oder persönlich im Büro erfolgen. Da maximal 49 Plätze zur Verfügung stehen, werden die Plätze nach Eingangsdatum vergeben. Auf Grund der Rückmeldefrist beim Busunternehmen erfolgt dann der Kartenverkauf ausschließlich am 16. August im Büro. Wie immer können auch Sammelabrechnungen erfolgen. Der Kreisvorstand wünscht allen Mitgliedern erholsame Ferien- und Urlaubstage.

Johannes Reuter (KV-Vorsitzender)

Gotha**Informationsveranstaltung zur Rente im Kreisverband Gotha**

Vor knapp zwei Jahren hatte der KV Gotha die Beamten*innen zu einer Veranstaltung geladen mit dem Thema: **Beamtenversorgung. Der Zuspruch war groß und das Interesse einer Berechnung durch die Rechtsstelle der GEW zeigte uns die Dringlichkeit des Themas.**

Im März gab es die Veranstaltung für die Angestellten unserer Mitglieder. Mehr als 50 Kollegen*innen nahmen die Einladung an. Nach reiflicher Überlegung haben wir für die Altersgruppe 55plus schließlich einen Raum angemietet, welcher der zu erwartenden Interessenlage entsprach. Er war bis auf den letzten Platz gefüllt als die Vertreter der Signal Iduna Fragen wie: Werde ich im Alter arm sein? Wie berechnet sich die Rente? Was wird aus meiner VBL? Was sind Entgeltpunkte? Was besagt die Beitragsbemessungsgrenze? Wie hoch ist die Rentenerhöhung in Kürze? Was ist unter Regelaltersgrenze zu verstehen? Wann kann ich vorzeitig in Rente gehen? Und noch mehr beantworteten. Für alle Fragen, die nicht im Vortrag geklärt werden konnten, standen die Vertreter der Signal Iduna und Heike Kandaschow von der Rechtsstelle zur Verfügung. Ein Informationsblatt der GEW Landesrechtsstelle zum Thema „Tarifliche Beendigung des Arbeitsverhältnisses von Lehrkräften im öffentlichen Dienst“ kann noch im Büro des KV Gotha abgeholt werden. Jeden 1. und 3. Donnerstag im Monat sind wir gern für alle Mitglieder da.

Gerlinde Heß

Jena -Saale- Holzland**Ausflug zur Papiermühle**

Im Jahre 2012 hatten wir vom Regionalbüro Hermsdorf zum ersten Mal die Rentner*innen und Vorruheständler der GEW eingeladen. Daraus wurde eine Tradition, die Senior*innen im Umkreis von Hermsdorf, Eisenberg, Stadroda und Kahla zu gemeinsamen Veranstaltungen einzuladen.

Abwechslungsreiche Veranstaltungen und vieles andere mehr wurden für unsere „lieben Alten“ angeboten und organisiert, wie z. B. der Besuch der Senfmanufaktur und der Kurz&Klein-Kunsthöhle in Jena, das Rittergut Positz mit Führung und Bogenschieß-Turnier, die Leuchtenburg, ein Bowlingabend in Hermsdorf, Besuch der Brehmgedenkstätte in Renthendorf oder ein Wandertag durch das Eisenberger Mühlental und einiges mehr. Besonders gelungen wurde von allen unser letzter Ausflug am 09.02.2017 in den Braugasthof „Papiermühle“ in Jena empfunden. Dafür gab es viele Gründe. Einer war sicherlich die gemeinsame Anfahrt mit dem Bus durch einen großen Teil des Saale-Holzland-Kreises. Dazu gehörten auch die tolle Gastronomie und die freundliche Bedienung zum Mittagessen. Höhepunkt war natürlich die Führung durch die Brauerei und Brennerei mit anschließender Verkostung. Herr Kanz, der Chef des Hauses, übernahm die Führung persönlich und brachte die Zuhörer*innen zum Staunen. Es ist schon beeindruckend zu hören, was die Familie Kanz seit dem Kauf der „Papiermühle“ 1994 bis heute geleistet hat. Zufrieden endete dieser Ganztagsausflug mit der Rückfahrt durch den Saale-Holzland – Kreis.



Hannelore Rösel, Senior*innenbeauftragte

Saalfeld-Rudolstadt**Besuch der Sternwarte**

Der KV Saalfeld-Rudolstadt hatte zum 23.03.2017 seine Mitglieder in die Sternwarte Rudolstadt-Mörla eingeladen. Circa 25 Mitglieder sind dieser Einladung gefolgt. Unser Mitglied Herr Richter gab uns einen kurzen Einblick über die Entstehung der Schulsternwarte. Da der Himmel wolkenbedeckt und uns somit der Blick auf die Sterne verwehrt wurde, erklärte uns Herr Richter Interessantes über unsere Planeten aus unserem Sonnensystem und unserer Galaxie. Diese Ausführungen machten uns sein Engagement und seine ehrenamtliche Arbeit sehr anschaulich. Wir verbrachten einen sehr interessanten und lehrreichen Abend, der im nächsten Jahr fortgesetzt werden soll.

Jubilare

Mai/Juni



Die GEW gratuliert folgenden Kolleg*innen zum Geburtstag.

89 Jahre

Lieselotte Posmik, Altenburg

87 Jahre

Ingo Heilemann, Marksuhl
Rolf Henning, Arnstadt

86 Jahre

Reiner Oehmig, Greiz

85 Jahre

Prof. Dr. Hasso Lange, Burgstädt
Rosemarie Sprenger, Erfurt
Edith Rundnagel, Eisenach

84 Jahre

Johanna Noll, Langenwetzendorf
Marianne Winterroth, Sondershausen
Fritz Bauer, Altenburg

83 Jahre

Gisela Bratfisch, Jena
Erika Eberhardt, Weimar

82 Jahre

Johanna Köhler, Seebach
Prof. Dr. Horst Friedrich, Sulza
Wolf Dieter Kirchner, Hildburghausen
Christa König, Eisenach
Prof. Dr. Heinrich Loele, Ilmenau
Joachim Müller, Nordhausen
Ingrid Schubert, Erfurt

81 Jahre

Reiner Karg, Greiz
Reingert Richter, Amt Wachsenburg OT Ichttershausen
Ewald Schösser, Gera
Ingrid Schult, Nordhausen
Edith Böttger, Gera
Wolfgang Heidenreich, Roßleben
Hella Denner, Dermbach
Inge Fischer, Leinefelde/OT Beuren
Ortrud John, Erfurt
Gottfried Thilo, Waltershausen

80 Jahre

MEdith Meister, Weimar
Gerda Quasner, Weimar
Renate Schüssler, Lobenstein
Günther Weber, Sonneberg
Günther Böckel, Weimar
Gerlinde Kienzler, Seebach
Dr. Harald Löser, Kapellendorf
Prof. Dr. Helmut Greiner, Jena-Cospeda
Maria Kramer, Artern

75 Jahre

Brunhilde Grosch, Erfurt
Marlies Müller-Beck, Suhl
Clemens Nickel, Worbis
Ingrid Ebelt, Dachwig
Helga Lesemann, Tiefthal
Rainer Stüllein, Langenwetzendorf
Heiderose Blasko, Arnstadt
Erika Manthey, Pfaffschwende
Erika Reinold, Roßleben
Heidrun Schecke, Gotha

70 Jahre

Erika Müller, Neustadt an der Orla
Inge Schleder, Bad Salzungen
Isolde Köttig, Arnstadt
Karin Ledwon, Sonneberg
Heidemarie Ebenhöf, Altenburg
Ulrich Frielinghaus, Zella-Mehlis
Jürgen Keller, Langenroda
Dr. Ing. Christine Krause, Ilmenau
Hiltrud Lautensack, Römheld
Liane Lindig, Diepholz
Ursula Rothe, Altenburg

65 Jahre

Paul Adler, Bodenrode
Barbara Bärwinkel, Nordhausen
Edeltraud Eberhardt, Tiefurt
Horst Graupe, Großbodungen
Heidi Hartmann, Erfurt
Heike Hellgrewe, Erfurt
Annelie Hofmann, Weimar
Hannelore Ketelsen, Bad Frankenhausen
Irmtraut König, Erfurt
Bärbel Kurze, Erfurt
Reingard Roth, Arnstadt
Rita Schwertner, Jena
Uta Teutsch, Jena
Roswitha Konschak, Völkershausen
Gudrun Schade, Sonneberg
Irene Schmidt, Ruhla
Ingrid Stephan, Kranichfeld
Werner Strack, Sömmerda
Doris Amthor, Leutersdorf
Margarethe, Brandt Erfurt
Klaus-Dieter Heinz, Ilmenau-Roda
Angelika Ketter, Eckartsberga
Roswitha Orf, Wölferbütt
Wolfgang Pirl, Apolda
Renate Reissmüller, Menteroda
Marianne Stade, Erfurt
Klaus Vogt, Arft
Gisela Wähner, Viernau
Margitta Wegner, Weißenborn-Lüderode

Schmalkalden-Meiningen

Einladung zur Mitgliederfahrt in die Landeshauptstadt

Unsere Mitgliederfahrt startet am Samstag, den 23.09.2017, mit dem Busunternehmen Dittmar um 9:00 Uhr am Busbahnhof Schmalkalden und führt über Meiningen (9:40 Uhr am Bahnhofsvorplatz) nach Erfurt. Den Ablaufplan gibt es zu Reisebeginn im Bus. Von 12:30 Uhr bis 13:30 Uhr werden wir durch das Augustiner Kloster geführt incl. der Bibelausstellung. Anschließend besteht die Möglichkeit zum individuellen Lustwandeln durch die Landeshauptstadt.

Unsere Heimreise führt über Georgenthal, wo wir unsere Fahrt bei einem gemütlichen Abendessen ausklingen lassen. In Meiningen werden wir gegen 19:30 Uhr bzw. gegen 20 Uhr in Schmalkalden ankommen.

Anmeldeschluss ist der 09.09.2017 und Anmeldungen sind möglich

- per Post an: GEW Kreisverband Schmalkalden-Meiningen, Am Wandervogel 46, 98617 Meiningen
- per Fax an: 03693 · 501 71 41
- per E-Mail an: kv.schmalkalden-meiningen@gew-thueringen.de

Die Teilnehmerplätze sind begrenzt, deshalb erfolgt die Berücksichtigung in der Reihenfolge der Anmeldungen.

Der Kreisvorstand freut sich auf Euch!

Unser Stammtisch in der Natur

Am 10.05.2017 trafen wir uns am Jagdschloss Fasanerie zu unserem diesjährigen Stammtisch. Die geprüfte Natur- und Landschaftsführerin Brigitte Ansorg empfing uns mit bekannten und teilweise in Vergessenheit geratenen Wildkräutern unserer Heimat. Während wir die verschiedenen Kräuter optisch und geschmacklich erproben, erzählte sie uns von deren Standorten und möglichem Einsatz sowohl geschmacklich, als auch gesundheitsfördernd. Danach stärkten wir uns mit köstlicher Biocola.

Gemeinsam bereiteten wir im Anschluss aus den mitgebrachten Wildkräutern Kräuterbutter und Kräuterquark zu und ließen es uns auf dem köstlichen Kräuterbrot gut schmecken.

FAZIT: Unbedingt empfehlenswert!



Ein herzliches Dankeschön an unser Vorstandsmitglied Doris Amthor für die Organisation dieses interessanten und natürlichen Nachmittages.

Erfurt

Baggern, Pritschen, Angriff

Immer mittwochs ab 20:00 Uhr treffen sich Pädagog*innen und ehemalige Pädagog*innen des GEW-Kreisverbandes Erfurt zum gemeinsamen Volleyballspiel ... und suchen nun Verstärkung!

Du möchtest uns mal kennenlernen?
Dann schicke uns eine E-Mail an renebueh@gmx.de.





Mein
Anwalt.

Mein
Recht.

- Arbeitsrecht
- Verwaltungsrecht
mit besonderer
Spezialisierung auf
Öffentliches Dienstrecht
Lehrerdienstrecht
Schulrecht
- Medizinrecht
 - Urheber-
und
Medienrecht
- Onlinerecht

Ihre Anwälte

Matthias Wiese
Dr. Katharina Laschinski
Kathrin Bauer *
Jan Kühne *
* in Anstellung
in Zusammenarbeit mit
Dr. Peter Hauck-Scholz



Fischmarkt 6 · 99084 Erfurt
FON + 49.361.347 90-0
www.wiesekollegen.de



JETZT
EXISTENZIELLE
RISIKEN
ABSICHERN

Verbraucherschützer empfehlen

Privathaftpflichtversicherung
Berufsunfähigkeitsversicherung
Pflegezusatzversicherung

Das Leben steckt voller Überraschungen und bringt viele Veränderungen mit sich. Unabhängige Experten und Verbraucherschützer empfehlen daher, mögliche Wagnisse nicht zu ignorieren.

Sichern Sie jetzt Ihre existenziellen Risiken bei der HUK-COBURG ab. Am besten vereinbaren Sie gleich einen Termin bei einem unserer Berater.

Geschäftsstelle Erfurt

Tel. 0361 3447411
gs-erfurt@HUK-COBURG.de
Juri-Gagarin-Ring 53
99112 Erfurt
Erfurt-Altstadt
Mo. – Do. 08:00 – 18:00 Uhr
Fr. 08:00 – 16:00 Uhr
sowie nach Vereinbarung



HUK-COBURG
Aus Tradition günstig

Saalfeld-Rudolstadt

Kommt, lasst uns unsern Kindern leben! (Friedrich Fröbel, 1782- 1852)

Eine erfreuliche Nachricht: Ab Januar 2018 wird das letzte Kindergartenjahr in Thüringen kostenfrei für die Eltern sein.

Im Fröbelmuseum der Stadt Bad Blankenburg, in der am 28. Juni 1840 die Gründungsveranstaltung des ersten Kindergartens weltweit stattfand, überzeugten sich die Kolleginnen und Kollegen des Kreisverbandes Saalfeld-Rudolstadt von der Notwendigkeit einer weiteren Hürde, die zu nehmen ist: mehr Kindergärtnerinnen einstellen, das Niveau ihrer Ausbildung heben und somit mehr Wertschätzung für den Kindergarten als erste Stufe im Bildungs- und Erziehungsprozess. Dem Pädagogen Friedrich Fröbel genügte eine Aufbewahrung und Beaufsichtigung der kleinsten Kinder in den damals durchaus schon bestehenden Bewahranstalten nicht. Er strebte eine grundlegende Reform der Vorschulerziehung an, eingeschlossen ein neues Bildungs- und Erziehungskonzept sowie die fundierte Ausbildung von Kindergärtnerinnen. Er verglich das Kind mit einem Samenkorn, mit einem zarten Pflänzchen, das nur umsorgt und behütet von Erwachsenen wachsen würde und all seine Anlagen entfalten könnte. Im Mittelpunkt seines Konzeptes stand das Spiel, wozu er dem Kind „angemessenen Stoff zu Gestaltung“ geben wollte. Dazu ersann er seine „Spielgaben“ und dazu gehörende Spiele. Seine erste Gabe war ein Ball, es folgten Würfel, Walze und Kugel. Es folgten Bauklötzchen, Legetafeln, Stäbchen, Perlen, Papierblätter und Flechtstreifen, aber auch Lieder und Singspiele. Das mag in unserer digitalen Zeit altmodisch erscheinen, aber logisches Denken, Phantasie und die Fähigkeit, Erlerntes auf neue Situationen zu projizieren, bilden sich nur im schöpferischen Tun heraus. Der Name „Kindergarten“ ist in über 50 Ländern unserer Erde gebräuchlich. Warum verwendet man ihn in Deutschland immer seltener?

Renate Möbius

Wer zuletzt lacht...



Was vor dem 28. Gewerkschaftstag der GEW passierte...